

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 58

SEPTEMBER/OKTOBER 1988

DM 1,-

Stoppt Zimmermanns Abschiebeprogramm!

Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!

Das Dritte Reich importierte Zwangsarbeiter, preßte sie aus bis zum letzten und transportierte sie dann zu den Vernichtungslagern. Das Vierte Reich baute sein „Wirtschaftswunder“ durch die Superausbeutung der importierten „Gastarbeiter“ auf. Doch aus dem „Wunder“ ist die Luft längst raus, die Arbeitslosigkeit hat das höchste Niveau seit Ende der 40er Jahre erreicht, und die Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker wollen ein Abschiebeprogramm, um gegen die ausländischen Arbeiter als Sündenböcke vorzugehen – um die einen abzuschieben und den Rest zu terrorisieren.

Die unmittelbare Zielscheibe des rassistischen Ausländergesetzes, das von der Kohl-Bande durch den Bundestag gepeitscht wird, sind politische Flüchtlinge wie die 27 000 Tamilen, die vor völkermörderischen Pogromen in Sri Lanka geflüchtet sind. Doch vor allem sind die Zielscheibe die 2,2 Millionen immigrierten Arbeiter, die, besonders in Hinblick auf ihre Konzentration in den strategischen Bereichen der Industrie, zum integralen Bestandteil der mächtigen Arbeiterbewegung Westdeutschlands geworden sind.

Der Kontext dieser Kampagne ist der Angriff des Kohl-Regimes auf die gesamte Arbeiterklasse unter dem Titel „Sparmaßnahmen“. Die gesamte westdeutsche Arbeiterklasse, deutsche und immigrierte Arbeiter, hat ein dringendes Interesse daran, Zimmermanns Abschiebeprogramm zu stoppen. Der zentrale Kampf gegen den erdrückenden Nationalismus bedeutet auch einen Kampf gegen den den Immigranten aufgezwungenen Status als „Untermenschen“, rechtlos und abseits von der übrigen Gesellschaft. Die Arbeiterbewegung muß volle Staatsbürgerrechte für eingewanderte Arbeiter und ihre Familien fordern sowie für politische Flüchtlinge vor reaktionärem Terror!

Die rassistische Kampagne gegen Immigranten und Asylanten, die begonnen wurde,

als die SPD an der Macht war, fördert enorm das Wachstum der Faschisten, die auf „direktere“ Methoden zurückgreifen wollen, um das Land zu „arisieren“. *Stoppt die Faschisten durch gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen von Arbeitern/Immigranten!*

Rassismus per Gesetz – „im deutschen Interesse“

Nach dem „Anti-Terrorismus“-Gesetz und dem „Sicherheitspaket“ folgt jetzt ein neuer Angriff aus dem Innenministerium. Dieser Gesetzentwurf soll der weiteren „Germanisierung“ und „Arisierung“ dienen und wird selbst von bürgerlichen Zeitungen bereits „Ausländerabwehrgesetz“ genannt. 15 Jahre nach dem von der SPD/FDP-Regierung verkündeten Anwerbestopp für Immigranten soll dieses Handbuch der Deportationen das von 1965 stammende diskriminierende Ausländergesetz ablösen, das bereits schlimmer war als das unter den Nazis.

Wie ein kafkaesker Alptraum liest sich das bürokratische Machwerk von mehr als 110 Paragraphen auf über 260 Seiten in der Sprache des Deutschlands von 1935. Stichwort Einreise: „Ausländern kann ... die Einreise ins Bundesgebiet schon deshalb verweigert werden, weil sie keine Deutschen sind.“ Ausgewiesen werden kann, „wer die öffentliche Sicherheit gefährdet“, „die BRD verächtlich macht“, „in einer Wohnung wohnt, die auch nach für Deutsche geltenden Rechtsvorschriften unzureichend ist“. Aber Gerichtsurteile billigen kürzlich einem Flüchtling nur sechs Quadratmeter Wohnraum zu. Abgeschoben werden kann, „wer von Sozialhilfe lebt“, seine mangelnde „Rückkehrwilligkeit“ beweist, indem er Deutsch lernt, oder seine mangelnde „Integrationsfähigkeit“, indem er Deutsch nicht lernt.

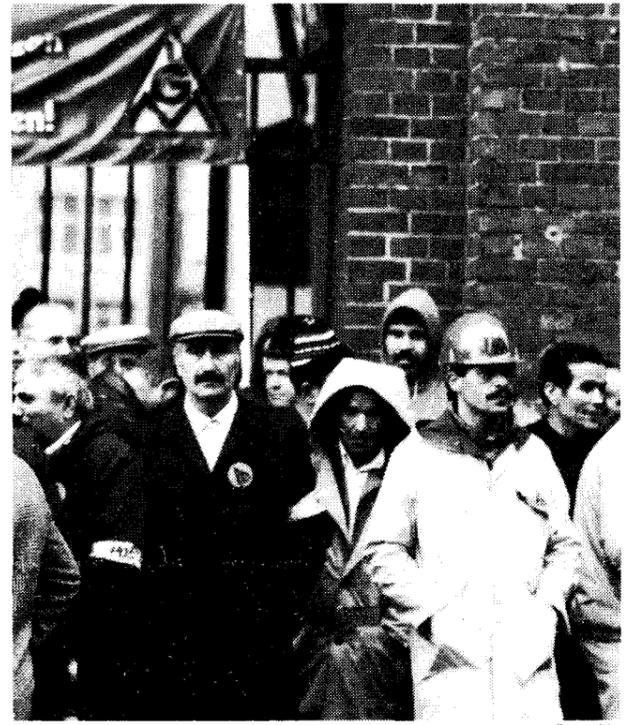
Zweck des Gesetzes sei „ausschließlich die Wahrung und Förderung des deutschen Interesses“, die „Bewahrung des Inneren Friedens“ und des „eigenen nationalen Charakters“ im Hinblick auf die „ungelöste nationale Frage der Deutschen“ und „extrem hohe Siedlungsdichte im Bundesgebiet“ (also „Volk ohne Raum“). Zimmermanns Entwurf bestätigt den in Auschwitz ermordeten jüdischen Trotztkisten Abraham Leon in seiner Definition des Rassismus als „in erster Linie die ideologische Verkleidung des modernen Imperialismus. Die „für ihren Lebensraum kämpfende Rasse“ spiegelt nichts anderes wider als den ständigen Expansionszwang, der den Finanz- oder den Monopolkapitalismus charakterisiert“ (*Judenfrage und Kapitalismus*).

Immigranten in Gettos, Asylanten in KZs, aber es gibt Milliarden von D-Mark für Sozialwohnungen für die „Aussiedler“ aus Osteuropa. Falls die „Volksdeutschen“ (es sollen 1988 200 000 werden) einen ordentlichen „Ariernachweis“ vorzeigen und nachweisen können, daß sie (oder vielmehr ihre Eltern) keine als „jüdisch“ geltende Adresse hatten, werden sie großzügig mit Geld, Wohnung und Arbeit ausgestattet. Viele müssen Deutsch erst lernen – das Kriterium ist ganz klar ... die „Rasse“.

Eine Bourgeoisie begünstigt immer Einwanderer der vorherrschenden Rasse oder Nation, um ihre Basis in der Bevölkerung zu stärken. Die „Vertriebenen“ leisteten beim Aufbau des offiziellen Nachfolgestaats des Dritten Reichs nach dem Zweiten Weltkrieg einen unschätzbaren Dienst und befruchteten auch revanchistische/faschistische Organisationen. So plädieren, mit billigen Arbeitskräften im Sinn, die „weitsichtigeren“ Teile der Bourgeoisie für mehr „Vaterlandsliebe“ statt „Angst“ vor der „Aussiedlerflut“ (dajetzt ein Strom von „Aussiedlern“ in die DDR zurückkehrt): „Wollen wir dann unbedingt in den Dörfern Anatoliens wieder Werbebüros eröffnen ...?“ (*Die Zeit*, 12. August). „Ausländer raus“, „Volksdeutsche“ rein, das paßt in das Schema des unheilvollen Wiederaufstiegs des deutschen Nationalismus.

Staatsterroristen am Werk

Codewörter der Hetze zwecks „Reinerhaltung von Blut und Boden“ sind Drogen, Aids und „Terrorismus“. Auch ihre imperialistischen Nachbarn, von Thatcher bis Mitterrand, gehen erbarmungslos in ihren Ländern gegen alle dunkelhäutigen Einwanderer vor.



Deutsche und eingewanderte Arbeiter vereint im Kampf für die 35-Stunden-Woche bei Opel, Mai 1984

In der berüchtigten TREVI-Kooperation (NATO-Zusammenschluß gegen „Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationale Gewalt“) beraten sie, wie man die Grenzen schließt. Für Zimmermann sind dabei die deutschen Grenzen nur in einer Richtung unantastbar. Er fordert, seine Polizisten in der EG grenzübergreifend zur Abwehr von Asylanten einzusetzen. Das wird in Paris und Rom vermutlich mit gemischten Gefühlen gesehen.

Vorreiter bei den Maßnahmen des Polizeiterrors ist Westberlin, NATO-Frontstadt, wo ein besonderes Klima von Antikommunismus und Rassismus hochgepeitscht wird. Aus der berüchtigten Sondereingreiftruppe AGA (Arbeitsgruppe Ausländer) wurde die Polizeispezialeinheit EIBT geschaffen, die auch von anderen Bundesländern „nach Bedarf“ angefordert wird. Ihre Aufgabe: „beweisichere“ Festnahmen von Drogenkriminellen und „Terroristen“ im hauptsächlich von Immigranten und Jugendlichen bewohnten Kreuzberg. Ihre Knüppelorgien haben sogar die Aufmerksamkeit des DGB Westberlin erregt, der eine Untersuchung fordert – über die „Rechtsstaatlichkeit“! Zimmermann geht weiter. Nach dem Verbot der linken türkischen Organisationen Dev Sol und Dev Genç wegen angeblichem Terrorismus sitzen seit Februar dieses Jahres elf

Fortgesetzt auf Seite 10



Der Spiegel

Weg mit dem Ausländergesetz!

Das Bucharin-Dossier

Seite 6

Von „Deutschland über alles“ bis zu „Oi! Oi!“

Faschismus ist keine „Geschmacksfrage“

WESTBERLIN, 20. August – Eine Demonstration gegen eine Konferenz der faschistischen „Republikaner“ des SS-Offiziers Schönhuber. Ein Block von acht oder neun Typen kommt an, ihre Schädel kahlrasiert. Sie tragen ein Banner: „Skinheads gegen Faschistenfeinde der Arbeiterklasse“, aber sie tragen die Kluft der rassistischen Skinhead-Terroristen: schwarze Lederstiefel, hochgekremelte Jeans und grüne Bomberjacken. Einige von ihnen verteilen ein maoistisches Pamphlet, das gegen die „Supermächte“ USA und Sowjetunion hetzt, reiner Ausdruck von deutschem Nationalismus. Was sind diese zweifelhaften Elemente?

Die Demonstration, zum großen Teil junge antifaschistische Schüler, ist über die Anwesenheit der Skinheads polarisiert. Ein Skin will empörten Antifaschisten weismachen, daß „Oi! Oi!“ nicht der Schlachtruf von Rassisten, sondern etwas „Linkes“ sei. Aber seit 1969 brüllen faschistische Skinheads im Londoner East End „Oi! Oi!“ in dem Moment ihres Mordangriffs, wenn sie mit ihren Stiefeln gegen die Köpfe pakistanscher Immigranten treten. Wie bei den Überfällen auf türkische Immigranten in Westberlin und Westdeutschland. Und im Mai war der Sammelplatz für die Orgie von rassistischem Terror in Frankreich ein „Oi! Oi!“-Konzert“ der Skinheads (siehe untenstehenden Bericht).

Die britischen Skinheads sind ein Ausdruck lumpenproletarischer Wut. Eine Erscheinung, die sich unter der lumpenproletarischen und kleinbürgerlichen Jugend Westdeutschlands ausgebreitet hat. Ohne Beziehung zum Produktionsprozeß oder zur Organisation und zu den Zielen der Arbeiterbewegung wandern solche Elemente im Niemandsland der „No-future“-Generation, zwischen „linkem“ Nationalismus, Nihilis-

mus und Punkfaschismus hin und her schwankend. Dies als ein „kulturelles“ Phänomen zu sehen, als „nur eine Geschmacksfrage“, heißt gegenüber den Lehren der deutschen Geschichte blind zu bleiben. 1933–45 bleibt für die Nachkriegsgenerationen ein ungeheuer großer „weißer Fleck“, von den vor 1945 Geborenen ganz zu schweigen, die an opportunistischem Gedächtnisschwund leiden.

Im Deutschland der Weimarer Republik mußte sich die „deutsche Jugendbewegung“ mit der Frage der Zukunft des Landes auseinandersetzen, im Zusammenhang mit der Niederlage im imperialistischen Krieg und mit der tiefgehenden Gesellschaftskrise. Ein paar wurden zur Kommunistischen Partei rekrutiert; die meisten landeten im faschistischen Lager, um die „nationale Größe“ wiederherzustellen. Mischformen tauchten auf wie der „Nationalbolschewismus“, dem sich die KPD von Zeit zu Zeit anbediente.

Heute, wo es keine Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten gegen die Faschisten gibt, wollen einige diese Skinheads als „Verbündete“ im antifaschistischen Kampf willkommen heißen, aber in dieses „Willkommen“ mischt sich eine Spur von Angst. Dieses kleinbürgerliche/lumpenproletarische Umfeld der deutschen Linken ist ein Vehikel für die reaktionärsten sozialen Werte, und in ihm können sich faschistische Elemente zu Rekruten für „direkte Aktion“, d. h. für Terror, entwickeln. Indem DKP/SEW in ihrem Umfeld die „Redskins“ und ihresgleichen akzeptieren, spielen sie mit dem Feuer. Es bedeutet, den verfaultesten Äußerungen des wiedererstarkten deutschen Nationalismus und Rassismus Tür und Tor zu öffnen; und es ist keine Überraschung, daß man SDAJler finden kann, die mit der Flagge der Sklavenhalter der amerikanischen

Südstaaten herumlaufen!

Die TLD mußte es auf die harte Tour lernen, wie der „neue deutsche Nationalismus“ ein Transmissionsriemen zum Punkfaschismus ist. Ein gewisser Ulrich Sandhaus wurde 1982 aus unserer Organisation ausgeschlossen, nachdem er eine Begeisterung für „Oi! Oi!“-Musik entwickelt und das Hakenkreuz in seiner Wohnung ausgestellt hatte.

Sandhaus fand eifrige Verfechter seiner Sache in der „Gruppe IV. Internationale“. Die Mitglieder der GIVI waren aus der IST als offene Apologeten für den deutschen Nationalismus geflüchtet. So kam es nicht überraschend, daß sie Sandhaus unter ihre Fittiche nahmen und dabei behaupteten, seine faschistischen Vorlieben seien „Geschmacksfragen“. 1984 übersetzte Sandhaus diese „Vorlieben“ in direkte Aktion und leitete einen blutigen Überfall auf unsere Unterstützerin Gisela Borowski, der er zuvor Postkarten mit „Oi! Oi!“-Drohungen geschickt hatte (siehe „Ein Nazi-Punk in Aktion“, *Spartakist* Nr. 51, Oktober 1984). Er hatte das klassische Profil eines Braunhemds entwickelt. Wenn du Uli magst, wirst du Schlageter lieben.

Natürlich findet Sandhaus Unterstützung, zusätzlich zu den GIVIs, bei den sogenannten Redskins, von denen einer auf der Demonstration am 20. August erklärte: „Uli ist mein Freund“. Aber Sandhaus ist kein gewöhnlicher Skin. Er stellt sich heute als ein professioneller Anti-Spartacist zur Verfügung. Die Sandhaus-Affäre zeigt schonungslos, warum es keine Versöhnung mit solchen finsternen Elementen geben kann; es ist klar, daß die Aufgabe, die Arbeiterbewegung von solchem Dreck zu reinigen, ein unentbehrlicher Bestandteil des Kampfes ist, die Arbeiterklasse, mit ihrem starken Anteil an Immigranten, zu mobilisieren, um den faschistischen Abschaum wegzufegen. ■

„Der Schoß ist fruchtbar noch...“

29. August – Nach dem dritten Prozeß wurde der Nazi Wolfgang Otto in einem Revisionsverfahren für den Mord an KPD-Führer Ernst Thälmann freigesprochen. Nachfolgend drucken wir unser Schreiben vom 22. August an das Landgericht Düsseldorf ab.

Hamburg, den 22. August 1988

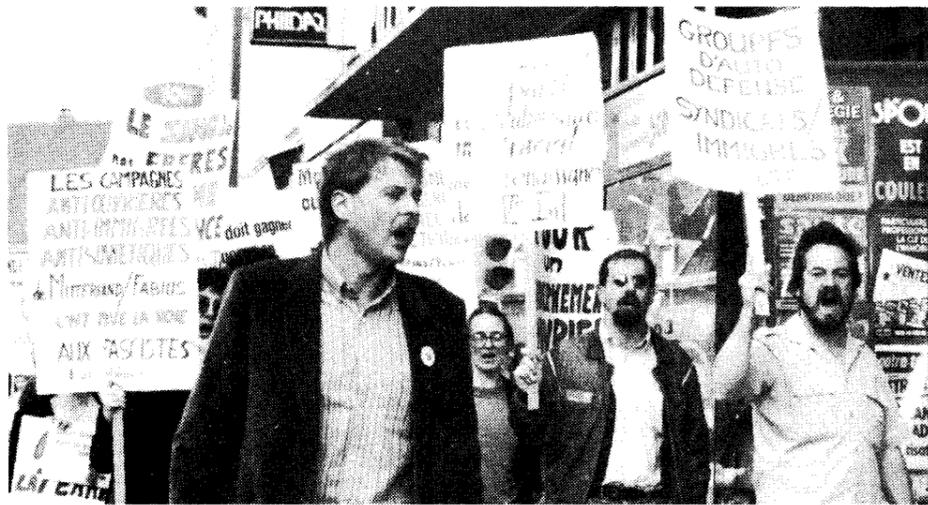
An das Landgericht Düsseldorf

Mordprozeß Ernst Thälmann

Wir fügen dem wachsenden scharfen Protest gegen das Plädoyer auf Freispruch für den Buchenwald-Lagerspieß Wolfgang Otto, angeklagt der Ermordung von KPD-Führer Ernst Thälmann 1944, unsere Empörung hinzu. Mehr als 40 Jahre juristischer Verschleppung dieser Anklage durch drei Instanzen und die wiederholte bestialische Quälerei der einzigen überlebenden Zeugen und KZ-Insassen, bis sie entweder vernehmungsunfähig oder tot sind, stellt eine zweite endlose Verfolgung der Opfer dar. Thälmanns Ermordung ist zum Symbol geworden für die vielen Millionen Opfer der Nazi-Vernichtungsmaschine. Solange Wolfgang Otto und seinesgleichen frei herumlaufen dürfen, ist die Gefahr eines neuen Holocausts präsent. Die Verschleppung dieses Falls hat mit dazu beigetragen, das Klima des rassistischen Terrors anzuheizen, und ein Freispruch würde den Nazi-Völkermord juristisch abssegnen. Wolfgang Otto und seinesgleichen müssen wenigstens hinter Gittern eingesperrt werden!

Für die Trotzlistische Liga
C. Rosen

Frankreich: Zerschlagt Skinhead-Terror!



28. Mai: Demonstration in Rouen gegen rassistischen Skinhead-Überfall. Gilles Cazin (Mitte), LTF-Kandidat bei Parlamentswahlen

Rouen hat in der Nacht des 27. Mai, und Brest am folgenden Tag, einen wahrhaft rassistischen Alptraum durchlebt. Faschistischer Abschaum in paramilitärischem Aufzug durchstreift zuerst in Rouen die Stadt, um, wie sie später sagen, „Neger und Araber zusammenzuschlagen“. Zuerst wird ein Guadelupaner brutal mit Baseballschlägern und Nunchaku auf den Kopf geschlagen. Das nächste Ziel dieser Kommandooperation: die Bar „le Richelieu“, wo Georges Cagnet, ein Guadelupaner, und Kamel Waili, ein Algerier, überfallen werden. In Brest gibt es buchstäblich eine Invasion durch 150 Skins, die aus ganz Frankreich und Europa für die Konzert-Provokation von „Oi! Oi!“-Musik gekommen sind. Diese Horde grölt Nazilieder und salutiert mit Hitlergruß, trägt Springmesser zur Schau und paradiert mit Karabinern. Vier Immigranten werden barbarisch mit Schlagringen verprügelt.

In Rouen hören unsere Genossen der

Ligue trotskyste de France (LTF) am nächsten Tag von diesem nächtlichen faschistischen Überfall. Sofort versuchen sie, die proletarischen und demokratischen Organisationen der Region zu kontaktieren. Am Nachmittag kann in der Nähe der Bar eine Kundgebung von etwa 30 Personen stattfinden, auf der Cagnet und Waili den Angriff in bewegten Worten beschreiben.

Die Skinheads erschienen am 4. Juli vor der Strafkammer von Rouen. Die Opfer des Pogroms mußten die Arroganz der Faschisten ertragen, von denen sie schon vorher, nach einer Voruntersuchung, beim Verlassen des Gerichts beleidigt und bedroht worden waren. Die LTF rief für den 4. Juli zu einer Kundgebung vor dem Gerichtshof auf. Es wäre die Pflicht einer jeden proletarischen und demokratischen Organisation gewesen, massiv zu mobilisieren, damit die Opfer ihren Peinigern nicht allein gegenüberstehen. Das skandalöse Urteil – sechs Verurteilungen von zwei bis acht Monaten Freiheitsstrafe, während sieben andere Schläger sofort freigelassen wurden – bestätigte, daß man nichts von bürgerlicher „Gerechtigkeit“ erwarten kann. Für Mobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen! ■

Eine ganze Stadt verurteilt

Weg mit den Todesurteilen in der Türkei!

24. August – Erzincan. Achtmal die Todesstrafe, 14mal lebenslänglich, 313 Freiheitsstrafen von ein bis 20 Jahren: so lautet das Urteil des Kriegsgerichts Nr. 3 in seinem beispiellosen Massenprozeß gegen fast die Hälfte der erwachsenen Einwohner der osttürkischen Kleinstadt Fatsa. Der Prozeß dauerte acht Jahre, angeklagt waren insgesamt 811 Einwohner.

Der Vernichtungsfeldzug gegen ein ganzes Dorf begann 1979. Der Grund: die Einwohner hatten den Schneidermeister Fikri Sönmez zum Bürgermeister gewählt und damit angefangen, das „Modell Fatsa“ aufzubauen; sie hatten Bürgerkomitees zur demokratischen Kontrolle der Finanzen und der Stadtverwaltung gebildet und hatten versucht, das staatliche Monopol beim Ankauf von Nüssen zu brechen. Diese klei-

ne Stadt wurde zum Symbol des politischen Widerstands und des Wunsches einer Bevölkerung nach humanen, sozialistischen Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Im Juli 1980 verwüstete die Armee gemeinsam mit den Faschisten Fatsa: Vorboten des NATO-Putsches vom 12. September, der nur durch die Hilfe der deutschen Imperialisten möglich wurde und der ein bonapartistisches Militär-Regime errichtete. Nach dem Putsch wurde jeder dritte Einwohner verhaftet, und Hunderte wurden gefoltert. Es genügte, Mitglied oder Sympathisant der linken Organisation Devrimci Yol zu sein. Anklagepunkte waren Artikel 146 und 168, abgeschrieben von der faschistischen Mussolini-Verfassung. Der Hauptangeklagte Sönmez wurde 1985 im Knast brutal zu Tode gefoltert, wie viele

andere auch.

Die Junta will durch solche „Prozesse“ wie die gegen Dev Yol in Fatsa und gegen Kutlu und Sargin in Istanbul den Kampf für ein menschenwürdiges Leben im Blut ertränken (siehe *Spartakist* Nr. 57, „Freiheit für Kutlu und Sargin!“, Mai/Juni 1988). Dabei ist die sektiererische Position der linken Organisationen in der Türkei, nur ihre eigenen Mitglieder zu verteidigen, reiner Selbstmord. Der Terror gegen Fatsa schreit nach Verteidigungsaktionen der internationalen Arbeiterbewegung. Die westdeutsche Arbeiterklasse muß ihre soziale Macht für die Freilassung der Fatsaner einsetzen. *Verteidigt die Angeklagten von Dev Yol bis TKP! Weg mit den Todesurteilen! Sofortige Freilassung aller Klassenkriegsgefangenen!*

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
internationale Spartacist Tendenz

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens, Barbara Köhler, Silvia Lenz, Renate Müller, Mark Richard, Carola Rosen (Produktion), Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

Über die Berliner Mauer: Flucht vor der „freien Welt“

WESTBERLIN – Es war eine „verkehrte Welt“, laut Deutscher Presse-Agentur. Am frühen Morgen des 1. Juli sahen sie sich dem Spektakel gegenüber, daß um die 200 Westberliner Jugendliche über die Berliner Mauer nach Ostberlin kletterten, um einem brutalen Angriff durch die Bullen des „freien Westens“ zu entkommen. Als sie die Polizei-Absperrgitter als Behelfsleitern benutzten, um auf die Mauerkrone zu gelangen, schwenkten die Jugendlichen die ostdeutsche Fahne, den Bullen unten zum Trotz. Und jene Erzbösewichter der Kalten-Kriegs-Propaganda, die ostdeutschen Grenztruppen, führen die 200 „Flüchtlinge“ dann weg – zu kostenlosem Kaffee, Frühstück und Zigaretten, bevor sie sie zu den Übergängen nach Westberlin begleiteten.

Wie einer der Jugendlichen sagte: „Wenn die Amis heute im Fernsehen das mit den Mauerspringern sehen, dann können die doch die ganze Mauerscheiße vergessen. Das schmeißt doch für die alles um.“ In der Tat war es ein genüblicher Schlag gegen die antisowjetischen Propagandamaschinen des Westberliner Senats, der westdeutschen Regierung und Washingtons.

Wie ist das alles passiert? Im Mai besetzten etwa 40 „grüne“ Aktivisten und anarchistische Typen ein kleines überwachsenes Grundstück auf der Westseite der Mauer, das der Westberliner Senat im letzten Jahr von Ostdeutschland gekauft hatte, um eine vier-spurige Straße durch die Stadt zu bauen. Als ein paar Jugendliche die Büsche retten wollten, trafen sie auf die ganze Macht des bürgerlichen Staats.

Der Westberliner Oberbulle und rechte Christdemokrat Kewenig, der das Gelände als einen „rechtsfreien Raum“ ansah, entschloß sich, ihn für die „freie Welt“ sicher zu machen. Unter dem Vorwand, daß einer der Besetzer mit einer Spielzeugpistole herumspielte, erklärte Kewenigs Polizei, das Lager sei gefährlich bewaffnet, und riegelte die ganze Gegend mit Sperren ab. Von dem Zeitpunkt an wurde die Besetzung zum Protest gegen die Einschüchterungsaktionen der Bullen, der an die populären Demonstrationen für die „Hausbesetzer“ der Hamburger Hafenstraße erinnerte. Die Zahl der Besetzer wuchs auf mehr als 300 an, und im Verlauf von fünf Wochen gab es schätzungsweise 29 000 Besucher im Lager. Leute, die hinein- oder herausgingen, wurden durchsucht und



200 Jugendliche flüchten vor Bullenangriff über den „Antifaschistischen Schutzwall“

ihre Personalien aufgenommen. Die Bullen verhängten ihre eigene interne Berliner Blockade und versuchten, Nahrungsmittel und Baumaterial nicht durchzulassen. Autos, die in der Gegend fuhren, wurden angehalten und durchsucht, bis schließlich die ganze Straße abgesperrt wurde.

Für den 17. Juni schien eine Entscheidungsschlacht anzustehen. 1953 erhoben sich an diesem Tag die erklärtermaßen prosozialistischen ostdeutschen Arbeiter gegen die stalinistische Bürokratie, die die politische Macht usurpiert hatte, die rechtmäßigerweise den Arbeitern gehören sollte. Sie riefen ihre Klassenbrüder im kapitalistischen Westdeutschland auf: „Räumt euren Mist in Bonn jetzt aus!“ Dieser Tag, der der Arbeiterklasse gehört, wurde jedoch von der revanchistischen Bourgeoisie in Beschlag genommen und ist besonders in Westberlin ein Anlaß für faschistische Provokationen. Die Besetzer wurden durch einen Angriff faschistischer Burschenschaften bedroht, die auf die Mauer losmarschierten. Manche der Besetzer schlossen sich jedoch einer antifaschistischen Gegendemonstration von 500 Leuten an, doppelt so stark wie die Provokation der Burschenschaften, und es gab keinen faschistischen Angriff am 17. Juni.

Aber die Bullen rächten sich dafür. Während des folgenden Wochenendes waren die Tränengasschwaden so stark, daß sie über die Mauer nach Ostberlin wehten, was zu offiziellen Protesten durch die ostdeutschen Grenzbehörden führte. Die Antwort der Westberliner Polizei war am 20. Juni ein zweieinhalb Stunden dauernder Hagelsturm von Tränengas auf das Lager, der nur vom Einsatz der Wasserwerfer gegen die Besetzer unterbrochen wurde. Drei wurden ernsthaft verletzt und mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Belagerung durch die Bullen wurde von einer wachsenden Zahl Westberliner Einwohner, die mit der Besetzung nichts zu tun hatten, zunehmend überlegenommen. Ladenbesitzer aus der Nachbarschaft verlangten Rückzug der Polizei und Abbau der Sperren. Eine Solidaritätsdemonstration für die Besetzung, die erst verboten und dann eine Stunde vor dem angesetzten Beginn erlaubt wurde, wuchs schnell auf 1000 Teilnehmer an.

Seit mehr als 25 Jahren ist die Berliner Mauer das von den westlichen Imperialisten bevorzugte Symbol des Kalten Krieges. An dieser Stelle erklärte John F. Kennedy 1963: „Ich bin ein Berliner.“ Und Reagan ging 1987

zur Mauer, bei seinem ersten Besuch in Westdeutschland, seit er zwei Jahre zuvor vor der Nazi-Killerelite in Bitburg strammgestanden hatte. Um die Westberliner Jugend daran zu hindern, gegen den antikommunistischen Kriegstreiber aus Washington zu protestieren, besetzten 10 000 Polizisten die Stadt, als Reagan auf der Seite der „freien Welt“ des Brandenburger Tors sprach, umgeben von Stacheldraht und schußsicherem Glas.

Die Imperialisten hassen die Berliner Mauer, weil sie als Barriere gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands errichtet wurde. Die Mauer war eine Maßnahme, wenn auch eine bürokratische, um die kollektivierte Wirtschaft gegen den Druck des Imperialismus zu verteidigen, insbesondere gegen den massiven Aderlaß an staatlich ausgebildeten Ärzten, Technikern und Facharbeitern nach dem Westen Anfang der sechziger Jahre. Aber heute kehren Tausende ostdeutscher Emigranten aus dem Westen zurück, desillusioniert durch die Unmöglichkeit, im „freien Westen“ Arbeit zu finden. Und nun klettern westdeutsche Jugendliche über die Mauer, um vor den knüppelschwingenden Bullen Schutz zu finden, die von ihrer eigenen Bourgeoisie der „freien Welt“ losgelassen werden. ■

IWF-Überfall auf Berlin

„Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank“ – Bertolt Brecht.

Ausnahmestand in Westberlin. Iranische Terroristen? Ist die RAF unterwegs, wie Generalbundesanwalt Rebmann behauptet? Nein. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank nähern sich Berlin mit ihrer Schuldenbombe. Das imperialistische Bankerkartell kommt Ende September. Um das „Schaufenster“ für die Geldsäcke der „freien Welt“ zu sichern, verhängt der Westberliner „Rambo IV“, Innensenator Kewenig, mit dem gestapo-artigen Paragraphen 111 Kriegsrecht. Solche Maßnahmen stehen immer im umgekehrten Verhältnis zur Popularität der Persönlichkeiten, die sie beschützen sollen, wie das Beispiel von Ronald „Ich bin Bitburger“ Reagan zeigt, der letztes Jahr zum Brandenburger Tor kam.

Kein Wunder, daß der IWF verhaßt ist bei allen unterdrückten Völkern auf der ganzen Welt. IWF-Austerität benötigt immer Regime von rechtem militärischem Terror. Der liberale Ökonom Paul Samuelson taufte dies „Marktfaschismus“. Die Beziehung zwischen IWF und CIA ist wie zwischen Kredithai und seinem Eintreiber. Ein Witzbold meinte, daß der IWF mehr Regime gestürzt

hat als Marx und Lenin. Aber die ausgebeuteten lateinamerikanischen Massen lachen nicht. Und der einzige Unterschied zwischen der Weltbank mit ihren „netten Krediten“ und dem IWF ist der: erstere „überbrückt“ die Banken, letzterer bankrotte Regime wie El Salvadors blutige Junta.

IWF und Weltbank mögen ihre Hauptquartiere in Washington haben. Aber nach acht Jahren Reaganomics ist die USA mittlerweile vom größten Gläubiger der Welt zum größten Schuldner geworden. Die meisten Anti-IWF-Proteste in Westberlin haben als Brennpunkt die Rolle der USA. Mit diesem Schwergewicht könnten sie gegenwärtig die Unterstützung der Deutschen Bank kriegen. Anti-Amerikanismus ist nicht Anti-Imperialismus. Die hohen Tiere des IWF für das Asien- und Osteuropageschäft haben heute ihre Zentralen in Tokio und Frankfurt. Es war der große deutsche Revolutionär Karl Liebknecht, der auf dem Höhepunkt des innerimperialistischen Gemetzels des Ersten Weltkriegs erklärte: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Es ist kein Zufall, daß die Weltbanker die NATO-Frontstadt in Osteuropa für ihre Schwatzrunde gewählt haben. Die sozialen Errungenschaften durch den Sieg der Roten

Armee über den Faschismus, kollektive Eigentumsformen, sind unterhöhlt durch die nationalistischen stalinistischen Bürokratien. Die Imperialisten riechen Blut, und ihr finanzielles Hauptinstrument für die ökonomische Krise in Osteuropa und der Sowjetunion ist „D-Mark-Diplomatie“. Das krassste Beispiel ist Polen, das gegenwärtig den imperialistischen Banken, hauptsächlich den deutschen, 36 Milliarden schuldet, das sind 1000 Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind im Land. General Jaruzelskis Austeritäts„reformen“ für die Frankfurter Kredithäie haben weitverbreiteten Widerstand hervorgerufen. Aber Solidarność benutzte die jüngsten Streiks, um für sich eine „Rolle“ bei der Vollstreckung der Austerität zu ergattern, und sagte dann den Arbeitern, sie sollen wieder an die Arbeit gehen. Ronald Reagans Lieblings-„Gewerkschaft“ (ebenso die von vielen westdeutschen Linken und „Alternativen“), Solidarność, die Millionen Dollar vom CIA erhielt, forderte auf dem Höhepunkt ihrer Stärke 1981 Polens Beitritt zum IWF, was Jaruzelski einige Jahre später tat.

Viele Reformisten und wohlmeinende Liberale wollen den Anti-IWF-Protest konzentrieren auf „Schuldenmoratorium“ und „menschenorientierte Entwicklungskredite“.

Jahrhunderte lang verzögerten Kolonialismus und dann Imperialismus wirtschaftliches Wachstum in unterentwickelten Ländern, um deren Ressourcen und Arbeit zu rauben. Imperialistische Banken ließen sich ein Programm einfallen, wodurch unterdrückte Völker selbst die Unkosten ihrer eigenen Ausbeutung noch um ein Vielfaches überbezahlen. Notwendig ist nicht nur „Schuldenannullierung“, sondern massiver Technologietransfer in diese Länder, die so lange unter dem kolonialen und imperialistischen Joch gelitten haben. Um den Reichtum umzuverteilen, mußt du ihn erringen: Das heißt, die arbeitenden Massen dieser Welt, die den Reichtum produzieren, müssen herrschen, sowohl in den reichen und fortgeschrittenen imperialistischen Ländern als auch in den armen Ländern der „Dritten Welt“. Wie in der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) von 1918 nach einem Entwurf von W. I. Lenin festgehalten ist:

„Der 3. Allrussische Rätekongreß betrachtete das Gesetz über die Annullierung der von der Regierung der Zaren, Gutsbesitzer und der Bourgeoisie getätigten Anleihen als den ersten Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital und bringt die Zuversicht zum Ausdruck, daß die Rätegewalt mit Festigkeit auf diesem Wege weiterschreiten wird bis zum vollen Siege der internationalen Arbeitererhebung gegen die Unterjochung durch das Kapital.“ ■

Grubenkatastrophe in Borken

„Es war Mord, kein Betriebsunfall!“

Nach den 51 Toten in Borken hat die Profitgier der Kapitalisten weitere Opfer gefordert: am 6. Juli starben 166 Arbeiter in einem gigantischen Feuerball nach einer Explosion auf der Nordsee-Bohrinsel Piper Alpha (siehe Workers Hammer Nr. 99, Juli/August 1988, „Oil bosses: Murder, Inc.“). Eine geringfügig geänderte Fassung des folgenden Artikels erschien zuerst in Workers Vanguard Nr. 455, 17. Juni 1988.

HAMBURG, 11. Juni – Eine verheerende Explosion erschütterte am Mittwoch, den 1. Juni, den Hauptschacht der Braunkohlengrube Stolzenbach im nordhessischen Borken. 57 Bergleute wurden verschüttet und acht weitere über Tag verletzt. Im Verlauf einer zehntägigen Suche wurden 51 Leichen aus der Grube geborgen. Sechs der eingeschlossenen Bergleute überlebten jedoch, aufgrund ihrer eigenen Findigkeit, obwohl sie von den Bergwerksbossen schon als tot abgeschrieben worden waren. Knapp die Hälfte der Belegschaft bestand aus immigrierten Arbeitern aus der Türkei, die viel von der schmutzigen, gefährlichen Arbeit für den westdeutschen Kapitalismus verrichten.

Als Inspektions- und Rettungsteams in das Katastrophengebiet in Borken strömten – wo es schon von Polizei, Politikern und Journalisten wimmelte –, schrie ein türkischer Bergmann: „Das war Mord und kein Betriebsunfall!“ Bergbau„experten“ hatten gelegnet, daß eine solche Braunkohlenstaubelexplosion – die einen riesigen Krater auf der Oberfläche hinterließ und Stahl- und Betonbauten verbog – überhaupt möglich sei, da Braunkohle angeblich zu feucht zum Explodieren sei. Folglich gab es in der Grube Stolzenbach weder schlagwettergeschützte (gegen Funkenbildung abgesicherte) Maschinen noch Staubbarrieren und keine regelmäßigen Staubmessungen. Aber Kumpel berichteten, der aufwirbelnde Kohlenstaub habe überall „zentimeterdick“ gelegen. Und solcher Braunkohlenstaub wird tatsächlich als industrieller Zündbrennstoff verkauft; *Der Spiegel* (6. Juni) berichtete, daß der Verband Deutscher Ingenieure Braunkohlenstaub der „Staubexplosionsklasse 1“ zuordnet.

Die PreussenElektra, Eigentümerin der Grube, belieferte mit der Braunkohle aus Stolzenbach ihr Kohlekraftwerk in Borken. Da dieses Kraftwerk dichtgemacht werden sollte, war auch geplant, das Bergwerk bis 1993 zu schließen. So ließen die Bosse einfach *das ganze Bergwerk verrotten*. Mitglieder der Rettungsmannschaften berichteten, die Grube sehe wie ein „Bergmuseum“ aus (*Frankfurter Rundschau*, 6. Juni). Die Bedin-



Trauernde Angehörige von türkischen Bergleuten, die bei der Explosion in Borken getötet wurden

Reuter

gungen waren vergleichbar mit denen in den Bergwerken um die Jahrhundertwende, als die Kumpel einen Kanarienvogel im Käfig mit sich trugen, um den Sauerstoffgehalt festzustellen – nur, die Kumpel in Stolzenbach hatten noch nicht mal das.

Den Überlebenden wurde Funkstille befohlen

Die Bergwerksbosse und der kapitalistische Staat legten eine kriminelle Gleichgültigkeit an den Tag, nicht nur vor, sondern auch *nach* der Explosion. Sie bestanden darauf, es gebe keine Überlebenden und könne auch keine geben, und demgemäß handelten sie auch. Erwin Braun, der Leiter des Bergbauamtes in Kassel, versicherte, es gebe keine Chance, daß irgend jemand mehr als ein paar Stunden in einer mit Kohlenmonoxid gesättigten Atmosphäre überleben könne.

Aber nur ein paar Stunden nach der Explosion wurde Funkkontakt zu sechs Überlebenden hergestellt, die die Anweisung bekamen, weiteren Kontakt *abzubrechen*, um nicht andere Funkverbindungen zu stören! Die Leute, die die Bergungsoperation leiteten, machten dann weiter, als ob es keine Überlebenden gäbe. Aber den sechs Kumpeln gelang es, *drei Tage* lang zu überleben, hauptsächlich weil Thomas Geppert, Oberhauer und Angehöriger der Grubenwehr, in dieser Hölle 100 Meter unter Tage einen kühlen Kopf bewahrte. 65 Stunden lang führte er die Gruppe weiter und weiter in den Stollen hinein, weg von den giftigen Gasen, die aus dem Hauptschacht kamen.

Sie wurden nur gefunden, weil zufälliger-

weise ein Ingenieur an einem der neugebohrten Wetterstollen, durch die Frischluft gepumpt werden sollte, Geräusche hörte. Als die Bergleute schließlich geborgen waren und die wahre Geschichte ihrer schlimmen Erfahrungen berichteten, war die Öffentlichkeit schockiert. Die Titelgeschichte des *stern* vom 9. Juni erklärte: „Der Skandal: Kurz nach dem Unglück hatten sie Funkkontakt mit den Suchmannschaften, doch ihr Hilferuf wurde verschlampt.“

Hauptsächlich verantwortlich dafür, daß der Skandal um die Bergung bekannt wurde, war Ahmet Baktan, ein überlebender türkischer Bergmann. Erst nachdem Baktan lebend geborgen worden war, konnte man in der westdeutschen Presse auch die Namen der türkischen Opfer lesen. Der hessische Innenminister Milde versicherte der Öffentlichkeit, der Aufenthalt von immigrierten Familienangehörigen der toten Bergleute werde nicht in Frage gestellt – d. h. er würde nicht die bestehenden rassistischen Gesetze anwenden, aufgrund derer türkische Familien abgeschoben werden können, wenn der Hauptverdiener entlassen oder tot ist.

Diese „demokratischen“ Bosse töten ihre Arbeiter, und dann zeigen sie ihr „Mitgefühl“, indem sie sagen, sie werden deren Familien nicht abschieben! Wir fordern: Stoppt alle Abschiebungen! Hände weg von *allen* immigrierten Arbeitern und ihren Familien! Mag sein, daß die Kapitalisten den Familien der türkischen Bergleute, die jetzt mittellos sind, ein Almosen hinwerfen, obwohl das keineswegs sicher ist. Einfache Gerechtigkeit verlangt es, daß PreussenElektra an die Familien aller ihrer Opfer Millionen von Mark

zahlt, besonders um den 80 Kindern in der Bergwerksstadt zu helfen, die ihren Vater verloren haben.

Der DGB hat die Macht, *alle* Arbeiter in Westdeutschland vor solchen grauenhaften und mörderischen Arbeitsbedingungen zu schützen wie jenen, die zu der Katastrophe in Borken führten. Die DGB-Führung bewahrte jedoch über die Ereignisse in Borken ein bemerkenswertes Stillschweigen. Und wen wundert's – das einzige Ziel der erzkonservativen Führung der IG Bergbau und Energie ist es, der Logik der Bosse über die Erhaltung der „Profitabilität“ zu folgen. Sie haben die Zustände in Stolzenbach, die an die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken Südafrikas erinnern, *akzeptiert*.

Diese Agenten des Kapitals in der Arbeiterbewegung haben, im Bergbau ebenso wie in der Metallindustrie, den Bossen geholfen, ein Bergwerk nach dem anderen und eine Fabrik nach der anderen zu schließen. In Rheinhausen im Ruhrgebiet arbeiten die Stahlbosse zusammen mit den DGB-Spitzen und der sozialdemokratischen Landesregierung für die Schließung eines der modernsten Stahlwerke in Europa, für die Vernichtung von 6000 Arbeitsplätzen. Stahlarbeiter in ganz Westdeutschland wollten für Rheinhausen kämpfen, und eine klassenkämpferische Führung hätte die Macht der über zwei Millionen Mitglieder starken IG Metall mobilisiert.

Jahrelang hat es in Westdeutschland massive Mobilisierungen gegen Atomkraftwerke gegeben, aber die kleinbürgerlichen Grünen und die diversen Reformisten ignorierten im wesentlichen die Tatsache, daß Bergleute durch Arbeitsunfälle und Staublunge starben. Nach der Katastrophe sorgte sich die DKP, die „Stilllegung in Borken würde die Atomstromabhängigkeit Hessens weiter vergrößern“ (*UZ*, 4. Juni). Diese Stalinisten, die der DGB-Bürokratie hinterherlaufen, wollen keine „vorschnellen Urteile“ über die Ursachen der Explosion in Borken abgeben.

Aber die Kumpel in Borken haben ihre eigenen Schlußfolgerungen gezogen. An den Eingang zum Borkener Kraftwerk hängten sie ein Banner, das die Bestrafung derjenigen fordert, die für den Tod ihrer Kollegen verantwortlich sind. Von der Explosion in der Fabrik von Union Carbide in Bhopal, Indien, bis nach Borken: für ihre Profite gehen die Kapitalisten über Berge von Leichen. Wenn die Arbeiterrevolution die Produktivkräfte den Händen der Kapitalisten entrissen hat, wird den Kriminellen, die töten, um ihre Geldschränke zu füllen, proletarische Gerechtigkeit zuteil werden. ■

NATO-Killer-Spiele

Als Ronald Reagan das INF-Abkommen unterzeichnete und in der Sowjetunion sein Glas darauf erhob, erklärte die „Friedensbewegung“ dies zu ihrem „Sieg“. Worauf dieser „Sieg“ hinausläuft, wurde am 28. August in Ramstein demonstriert, dem Sitz des US-Luftwaffen-Hauptquartiers und der größten US-Luftbasis in Europa. Nach einem Zusammenstoß dreier Düsenjäger der „Freccia Tricolori“, der selbsternannten „fliegenden Verrückten“, stürzte eine Maschine als donnerndes Inferno, mit brennendem Metall und Treibstoff, in die 300 000 Zuschauer. 345 Menschen wurden schwer verletzt; es gab bisher 49 Tote, weitere liegen im Sterben.

Der öffentliche Aufschrei zwang Kriegsmminister Scholz, ein Verbot aller Flug-„shows“ zu versprechen. Aber Westdeutschlands NATO-Verbündete sagten, die „Shows“ würden weitergehen. Daraufhin brachen die Bonner Politiker in Gezeter über „Souveränität“ aus. Aber ihr „Protest“ löste sich in heiße Luft auf. Wenige Minu-

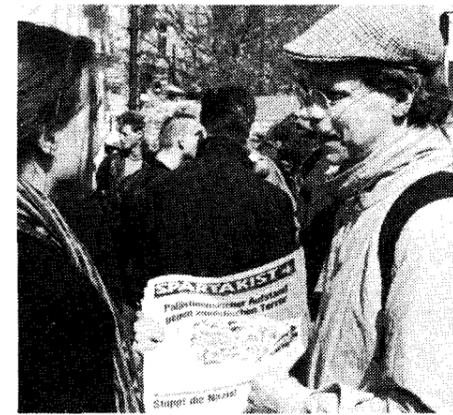
ten nach dem Feuersturm in Ramstein, als die Rettungsmannschaften noch die verbrannten Reste der Toten einsammelten und die in Lebensgefahr Schwebenden intravenös behandelten, ging eine weitere solche „Show“ in Nörvenich los – unter der Schirmherrschaft der *Bundeswehr* und von Scholz als „geselliges Beisammensein“ verkauft.

Diese „Flugtage“ sind äußerst gefährlich. 1982 krachte ein riesiger US-„Chinook“-Militärhubschrauber auf die Autobahn Mannheim-Heidelberg: 46 Menschen wurden getötet. Die Katastrophe von Ramstein gab den Forderungen Auftrieb, die NATO-Tiefflug-Manöver zu verbieten, die in 75 Meter Höhe oder noch niedriger geflogen werden. Der *stern* (1. September) schätzt, daß es über Westdeutschland jährlich 87 000 solcher Tiefflüge gibt. Diese Flüge, die oft am Boden einen Lärmpegel von 130 Dezibel erzeugen, terrorisieren Kinder und verkürzen nachweisbar das Leben von Kranken und Alten. Allein 1988

gab es dabei 13 Abstürze, die Piloten starben. Eine Maschine schlug 1,5 Kilometer entfernt vom niederbayerischen Atomkraftwerk Ohu auf.

Opposition gegen die Tiefflüge reicht über das ganze politische Spektrum und ist besonders stark in konservativen Gegenden wie Bayern, wo die Flüge häufig sind. Aber die NATO hat bereits im Hinblick auf die Übung „Cold Fire 88“ eine *Zunahme* der Tiefflüge für September angekündigt. Laut NATO-Obersten vom Pentagon bis zur Hardthöhe sind diese Manöver notwendige Vorbereitungen, um im *Krieg* das sowjetische Radar unterfliegen zu können. Den imperialistischen Kriegstreibern dienen die Tiefflüge und die Flugshows auch zur Vorbereitung und Mobilisierung der Bevölkerung für die nächste Operation Barbarossa. Und da wird die Gefahr nicht einfach der „zufällige“ Absturz eines Düsenjägers auf ein Atomkraftwerk sein, sondern der gezielte Abwurf von Atombomben auf Städte. Bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus! Der einzige Weg zum Frieden: Zerschlagt den antisowjetischen NATO-Kriegskurs durch proletarische Revolution!

Abonniert!



SPARTAKIST
einschließlich Spartacist

12 Nummern DM 10,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Frankfurt/Main
119 88-601 (Verlag Avantgarde)

Ein „weißer Fleck“ geht um in Gorbatschows Rußland

Leo Trotzki – Kämpfer für Weltrevolution

27. Juni – Während die Spannungen innerhalb der Sowjetbürokratie mit dem Herannahen der Allunionskonferenz der Kommunistischen Partei ansteigen, die am 28. Juni beginnen soll, ist die „historische“ Frage der Opfer von Stalins Säuberungsprozessen eine Frage von brennender Dringlichkeit geworden. Aber während das Gorbatschow-Regime die Führer der Bucharinschen Rechtsopposition und die Kapitulanten vom Schlage Sinowjew/Kamenjew rehabilitiert, gibt es einen grellen „weißen Fleck“, der weiterhin in Gorbatschows Rußland umgeht: Leo Trotzki, zusammen mit Lenin Führer der Russischen Revolution, der Gründer der Roten Armee und der Führer der Linken Opposition – die einzigen, die Stalin bis zum Schluß bekämpften, diejenigen, die auf dem leninistischen Programm des kommunistischen Internationalismus standen.

Am Montag, dem 13. Juni, hob das Oberste Gericht der UdSSR die Schuldsprüche gegen Kamenjew, Sinowjew, Pjatakow, Radek



Bulletin of the Opposition

Leo Sedow, Trotzki's Sohn und Organisator der Internationalen Linken Opposition, Opfer von Stalins Terror

und 29 andere bolschewistische Führer formal auf, die bei den ersten beiden Moskauer Prozessen 1936 und 1937 unter erlogener Anklage verurteilt worden waren. Vorher hatte das Gericht Bucharin, Rykow, Rakowski und 17 andere rehabilitiert, die in dem verleumderischen Prozeß von 1938 gegen den sogenannten „antisowjetischen Block der Rechten und Trotzkiisten“ verurteilt worden waren. Obwohl die jüngste Gerichtsentcheidung „jeden, der in ihre Prozesse verwickelt war“, freisprach, gab es keine Erwähnung von Trotzki und seinem Sohn Leo Sedow. Aber am Freitag, dem 17. Juni, verlangte Juri Afanassjew, Direktor des Moskauer Instituts für Geschichte und Archivwesen, auf einer Pressekonferenz beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die juristische Entlastung von Trotzki und die Veröffentlichung seiner Werke:

„Wir müssen alle rehabilitieren, die unterdrückt oder fälschlicherweise angeklagt wurden, und, als eine Frage der Gerechtigkeit, Leo Trotzki steht auf gleicher Stufe

mit allen Opfern Stalins...“

Es ist sehr seltsam, daß Professoren und Lehrende Trotzki zu kritisieren versuchen, wenn sie doch niemals ein Wort gelesen haben, das er geschrieben hat. Das gleiche trifft noch immer auf Bucharin, Kamenjew und Sinowjew zu.“

Inzwischen hat der Londoner *Guardian* (23. Juni) berichtet, daß der KPdSU-Parteitag ein öffentliches Denkmal für die Millionen Opfer Stalins im Stadtzentrum von Moskau genehmigen soll. Eine öffentliche Kundgebung für das Denkmal wurde am 25. Juni vor dem Moskauer Dynamo-Stadion abgehalten, mit solchen prominenten Gorbatschow-Anhängern als Rednern wie Afanassjew und Witali Korotitsch, dem Herausgeber der Glasnost-Wochenzeitschrift *Ogonjok*. Und am Vorabend des Parteitags brachte *Moscow News* (englische Ausgabe, 26. Juni) einen langen Artikel, „Der giftige Nebel löst sich auf“, über die Rehabilitierung der Opfer der Moskauer Prozesse. Der Artikel gibt zu, daß „der Hauptangeklagte bei dem Prozeß – in Abwesenheit, zu Stalins großer Bestürzung – Trotzki war, den Stalin erbittert haßte“. Und er fügt hinzu:

„Trotzki, damals in Norwegen lebend, konnte seinen Ohren nicht trauen. Wie konnte man ihn – einen Juden und einen Antifaschisten – und seine früheren Unterstützer beschuldigen, sich mit der Gestapo verschworen zu haben?“

Anderswo in der gleichen Ausgabe von *Moscow News* wird die bisherige „Unperson“-Nummer eins in der Sowjetunion in einem Interview mit der Schauspielerin, und Unterstützerin von Healy, Vanessa Redgrave (die verlangt, daß Trotzki's Werke veröffentlicht werden) erwähnt, und eine Kolumne von Afanassjew dringt darauf, daß Führungen durchs Leningrader Smolni-Institut, das Zentrum der Oktoberrevolution 1917, auf Trotzki's Arbeitszimmer aufmerksam machen sollen. Doch *MN* berichtet auf der Rückseite sogar noch stärker hervorgehoben über das Jahrtausend russisch-orthodoxer Kirche, jener Bastion von russischem Nationalismus, von Obskurantismus und von Antisemitismus. Und in einem knappen Ausdruck von Glasnost heutzutage gibt man bekannt, daß George Orwells *1984* in der Sowjetunion bald veröffentlicht wird (während Trotzki's Werke noch immer verboten sind).

Wie wir im „Bucharin-Dossier“ (siehe Seite 6) bemerkten, ist der hinter den Rehabilitierungen gemeinsame Gedankengang ein „verzweifelttes Bedürfnis, irgendeine historische Alternative zum diskreditierten Stalin zu finden auf derselben politischen Grundlage vom „Sozialismus in einem Land“. So behauptet der Artikel der *Iswestija* (14. Juni) über die Rehabilitierung von Sinowjew und Kamenjew unverblümt: „Jeder weiß heute, daß Nikolai Iwanowitsch Bucharin ein Freund Lenins war, der Liebling der Partei und ihr bedeutendster Theoretiker.“ Gorbatschows Experten schauen auf den Führer der Rechtsopposition als den Großpapa ihrer marktorientierten Wirtschaftspolitik (Perestroika). Trotzki bleibt unter Bannfluch, weil sein Name gleichbedeutend ist mit dem Programm der Weltrevolution.

Außerdem versuchen sie mit den Rehabilitierungen, sich nicht mit der Generation der

**Trotzki entlarvt
1938 von seinem
mexikanischen
Exil aus das
Lügenreich der Moskauer
Prozesse**



Wide World

Oktoberrevolution zu solidarisieren, die von Stalin in den Moskauer Prozessen ermordet wurde, sondern die westliche liberale (imperialistische) Meinung zu beschwichtigen. Der Artikel in *Moscow News* macht dies deutlich. Er unterstellt nicht nur groteskerweise, daß der Keim des Stalinismus in der unnachgiebigen Verteidigung des revolutionären Rußlands während des Bürgerkriegs zu finden sei, wobei er Trotzki und Sinowjew dafür geißelt, „ihre wohlbekannte Rücksichtslosigkeit während der Revolution als ein Zeichen von Heldenmut“ betrachtet zu haben, und behauptet: „Sie selbst setzten die knochenbrechende Maschine in Gang, die sie zermalmte.“ Der Haupteinwand des Autors gegen die Säuberungsprozesse ist, daß, „indem er seinen Durst auf Blut stillte... Stalin selbst die antifaschistische Front untergrub, die damals Gestalt annahm, und das Mißtrauen des demokratischen Westens gegenüber der UdSSR schürte.“

In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Die westliche Presse hat in der überwältigenden Mehrheit die Moskauer Prozesse geschluckt und half, Stalins mörderische Verleumdungen um die ganze Welt zu verbreiten, mit solchen Sprachrohren wie Walter Duranty von der *New York Times*, den britischen Fabier-„Sozialisten“ Sidney und Beatrice Webb und diversen stalinistischen Mitläufern. Eine Zeitung in Boston faßte die blutigen Säuberungen hämisch zusammen und schrieb, die Dritte Internationale sei an die Wand gestellt und erschossen worden. Zur gleichen Zeit war Stalin dabei, die Spanische Revolution zu enthaupen, er verweigerte ihr Waffen, zerschlug die Arbeiter von Barcelona und ließ militante linke Führer umbringen. Wie der damalige Trotzkiist Max Shachtman in seiner Broschüre von 1936, *Behind the Moscow Trials* (Hinter den Moskauer Prozessen), schrieb:

„Die dramatische Anklageerhebung gegen Sinowjew, Kamenjew und die anderen, ihre rücksichtslose Hinrichtung, die Anklageerhebung gegen Trotzki – das heißt der Angriff auf diejenigen Gestalten, die für die internationale Bourgeoisie das gefürchtete Wort ‚Weltrevolution‘ symbolisieren, ist Stalins Art, dieser Bourgeoisie gegenüber den blutigen Eid zu leisten, daß die internationale proletarische Revolution, soweit es den Kreml betrifft, schon lange begraben worden ist.“

Doch dies war nicht genug für die „demokratischen“ Imperialisten, die Stalins flehentliche Bitten um ein Bündnis ablehnten. Sie zählten auf Hitler, daß er mit der „bolschewistischen Gefahr“ Schluß macht. Wie Trotzki schrieb in „Not a Workers' and Not a Bourgeois State?“ (November 1937 – Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?):

„Trotz aller Bemühungen von seiten der Clique in Moskau, ihre konservative Ver-

läßlichkeit zu demonstrieren (die konterrevolutionäre Politik Stalins in Spanien!), vertraut der Weltimperialismus Stalin nicht, erspart ihm nicht das demütigendste Peitschenschmalzen und ist bereit, ihn bei der ersten günstigen Gelegenheit zu stürzen. Hitler – und darin liegt seine Stärke – bringt einfach konsequenter und unverhohlener die Haltung der Weltbourgeoisie gegenüber der Sowjetbürokratie zum Ausdruck. Für die Bourgeoisie – die faschistische ebenso wie die demokratische – genügen isolierte konterrevolutionäre Heldentaten Stalins nicht; sie braucht eine vollständige Konterrevolution bei den Eigentumsverhältnissen und die Öffnung des russischen Marktes. Solange dies nicht der Fall ist, betrachtet die Bourgeoisie den Sowjetstaat als feindlich ihr gegenüber. Und sie hat recht.“

Moscow News erklärt die „Geständnisse“ damit, daß sie von Stalin und seinen GPU-Schlägertypen erzwungen wurden; und um die politischen Kapitulationen wegzuerklären, heißt es, daß „man eine Folter finden kann, die jeden Menschen kleinkriegt, selbst den standhaftesten“. Doch es gab diejenigen, die nicht gestanden, die bis zum Schluß kämpften. Die sowjetische Bevölkerung wird auf der Suche nach der Wahrheit über ihre eigene Geschichte die mutigen Linksoppositionellen wiederentdecken, deren Hingabe an die internationale sozialistische Revolution sie bewaffnete für den unversöhnlichen Kampf gegen Stalins Zerstörung von Lenins bolschewistischer Partei und Programm. Wie ein Augenzeuge im Gefangenenlager von Workuta über die Zeit berichtete, als die Trotzkiisten im blutigen Frühling von 1938 erschossen wurden: „Als die Verurteilten abmarschierten, sangen sie die ‚Internationale‘, in die Hunderte der Gefangenen, die im Lager blieben, mit einstimmten.“

Die Trotzkiisten verlassen sich darauf, daß nicht die Bürokratie, sondern die sowjetischen Arbeiter die bolschewistischen Führer wieder an ihren rechtmäßigen Platz in der Geschichte zurückbringen. Sowjetdemokratie wird nur durch die proletarische politische Revolution wiederhergestellt werden, die im Kampf, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen und über die ganze Welt auszuweiten, die parasitäre stalinistische Bürokratie rauswirft. Wie Trotzki auf dem Höhepunkt der Moskauer Prozesse schrieb: „Die Revolution wird alle Geheimschranke öffnen, alle Prozesse nachprüfen, die Verleumdungen freisprechen, den Opfern der Willkür Denkmäler errichten und die Namen der Henker mit ewigem Fluch bedecken“ („Der Anfang vom Ende“, Juli 1937). Kehrt zum Weg Lenins und Trotzki's zurück!

Übersetzt aus *Workers Vanguard*
Nr. 456, 1. Juli 1988

Gorbatschow rehabilitiert Führer der Rechtsopposition

Das Bucharin-Dossier

Heutzutage ist Nikolai Bucharin die populärste historische Gestalt in der Sowjetunion seit W. I. Lenin, laut einer kürzlichen Umfrage in Moskau. In einem Artikel nach dem anderen wird er in der sowjetischen Presse gepriesen und hoch gelobt. Jetzt hat ein bedeutender Artikel vom stellvertretenden Herausgeber der theoretischen Zeitschrift der Kommunistischen Partei Bucharin zum wahren Erben Lenins erklärt.

Vor 50 Jahren, im März 1938, stand Nikolai Bucharin inmitten der prunkvollen Umgebung dessen, was einmal der Adelsclub gewesen war, verleumdet von Stalins Ankläger Wyschinski als ein „tollwütiger Hund“ und eine „Kreuzung zwischen Fuchs und Schwein“, angeklagt, ein Leben lang ein Konterrevolutionär und antisowjetischer Saboteur gewesen zu sein. Neben ihm standen Alexei Rykow, Christian Rakowski und 18 andere, Angeklagte im dritten und letzten der verlogenen Moskauer Schauprozesse gegen den „antisowjetischen Block der Rechten und Trotzlisten“.

Sie waren Führer von Lenins Partei gewesen, Organisatoren des Oktober. Bucharin gab 12 Jahre lang das führende Parteiorgan *Prawda* heraus und war drei Jahre lang der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale. Rykow war der Nachfolger Lenins als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, Regierungschef. Rakowski war ein Gründungsmitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Während der stürmischen Jahre, die auf Lenins Tod 1924 folgten, wurden sie erbitterte politische Gegner. Bucharin und Rykow waren führende Vertreter der Rechtsopposition und über viele Jahre Stalins Verbündete. Rakowski war bis zu seiner Kapitulation vor Stalin 1934 ein zentraler Führer der trotzkistischen Linken Opposition gewesen.

Am Ende starben sie alle als Opfer von Stalins Terror. Bucharin und Rykow wurden sofort erschossen; Rakowski wurde im Alter von 65 Jahren inhaftiert und dann, drei Jahre später, auf Stalins Anweisungen hin erschossen. Über diese monströse Verschwörung schrieb Trotzki:

„Für Bucharin sprechen 30 Jahre revolutionärer Arbeit, für Rykow fast 40 Jahre, für Rakowski beinahe 50. Diese drei Männer sind jetzt angeklagt, plötzlich ‚Spione‘ und ‚Agenten‘ ausländischer Mächte geworden zu sein, mit dem Ziel, die UdSSR zu zerstören und zu zerstückeln und den Kapitalismus einzuführen...“



Nikolai Bucharin (Mitte) diente in den zwanziger Jahren als Stalins ideologischer Henkersknecht gegen die trotzkistische Linke Opposition (rechts: Stalins Statthalter Sergo Ordsonchikidse)

Wer auch immer versucht, die Ereignisse zu beurteilen, die sich in Rußland abspielen, sieht sich mit den folgenden Alternativen konfrontiert: 1) Entweder alle die alten Revolutionäre – die den Kampf gegen den Zarismus führten, die Bolschewistische Partei aufbauten, die Oktoberrevolution errangen, die drei Jahre Bürgerkrieg führten, den Sowjetstaat gründeten und die Kommunistische Internationale schufen – entweder alle diese Personen, fast bis auf den letzten Mann, waren genau zu dem Zeitpunkt dieser Errungenschaften oder in den unmittelbar folgenden Jahren Agenten von kapitalistischen Staaten; oder 2) die gegenwärtige Sowjetregierung, mit Stalin an der Spitze, hat die abscheulichsten Verbrechen in der Weltgeschichte begangen.“ („Behind the Moscow Trials“, März 1938 – Hinter den Moskauer Prozessen)

Die Moskauer Prozesse von 1936–38 und die blutigen Säuberungen, von denen sie begleitet wurden, führten zum Massaker an praktisch der gesamten Führung von Lenins bolschewistischer Partei, zur Enthauptung

der Roten Armee und zum Mord an Millionen sowjetischer Kommunisten. Ein halbes Jahrhundert später, am 4. Februar 1988, kam das Oberste Gericht der UdSSR zu dem Schluß, daß im Moskauer Prozeß von 1938 „ungesetzliche Mittel“ und „gefälschtes“ Beweismaterial verwendet worden waren. Alle Schuldsprüche bis auf einen sind jetzt aufgehoben worden. Als einziger bleibt weiterhin der Schuldspruch gegen Genrich Jagoda bestehen, der bis zu seiner eigenen Verhaftung Stalins Oberhenker und -folterknecht gewesen war. Am 13. Juni rehabilitierte das sowjetische Oberste Gericht Sinowjew, Kamenjew, Radek, Pjatakow und 29 andere führende Bolschewiki, die in den Moskauer Prozessen von 1936/37 unter erlogenen Beschuldigungen angeklagt und dann ermordet worden waren. *Iswestija* erklärte: „Jetzt ist es klar... daß sie vor dem Gesetz, vor dem Staat und vor dem Volk nicht schuldig sind.“

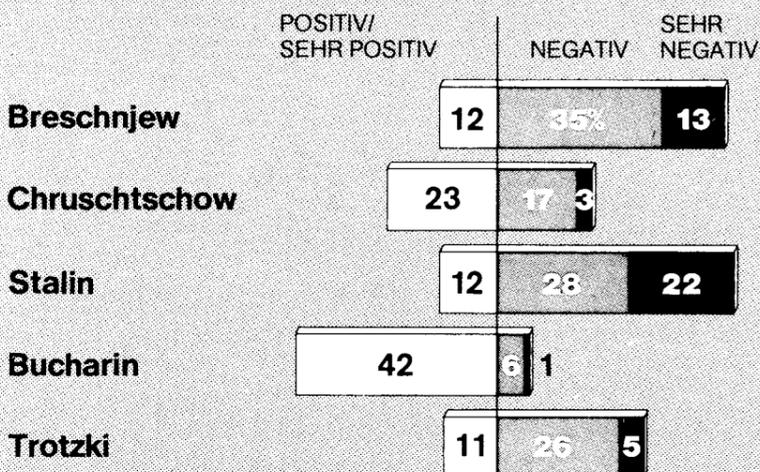
Nach Bucharins Hinrichtung verbrachte seine junge Frau Anna Larina, die Tochter eines anderen Altbolschewiken, die nächsten 20 Jahre in Gefangenenlagern und im Exil. Mutig setzte sie den Kampf fort, die letzte Bitte ihres Mannes zu erfüllen, daß er vor künftigen Generationen entlastet werde. „Für mich“, sagte die 73jährige Larina kürzlich, „existiert keine Zeit. Die Wahrheit existiert.“ Nachdem ihr 1962 eine Privataudienz bei Chruschtschow gewährt worden war, gab ein führender sowjetischer Sprecher zu: „Natürlich war weder Bucharin noch Rykow ein Spion oder ein Terrorist.“ Doch Stalins Erben im Kreml brauchten 50 Jahre, um selbst dieses winzige Stückchen Wahrheit offiziell anzuerkennen.

Also sind Bucharin, Rykow, Rakowski und andere Altbolschewiki schließlich gerichtlich „rehabilitiert“ worden. Heutzutage ist die sowjetische Presse voll von Bemerkungen über das „tragische Jahr 1937“, als sie verhaftet wurden, da die Bürokratie versucht, sich von Lügen zu entlasten, die keiner glaubt, und von Verbrechen, deren unmittelbare Nutznießer schon lange tot sind. *Ogonjok* und *Moscow News*, führende Sprachrohre von Glasnost, bringen Interviews mit Bucharins Witwe und dem Schreiber seiner Heiligengeschichte, Stephen Cohen aus Princeton, USA. Jetzt wird Cohens Biographie über Bucharin in der Sowjetunion unter Vertrag veröffentlicht. *Sputnik*, das sowjetische *Reader's Digest*, präsentiert eine biographische Lobrede unter der Überschrift „Glasnost, Demokratie und Persönlichkeit“. Jewgeni Jewtuschenko, der „Poet des Mögli-

chen“ der Sowjetbürokratie, hat ihm ein Gedicht gewidmet. Die sowjetische Akademie der Wissenschaften hat Bucharin wiederaufgenommen und verkündet, er stehe „mit unseren Gedanken von heute im Einklang“. Warum?

Nikolai Bucharin wird als die beste Wahl angesehen, um jenen leersten und hervorstechendsten der „weißen Flecken“ in der Umstrukturierung der sowjetischen Geschichte durch das Gorbatschow-Regime auszufüllen: Wer stellte sich gegen Stalin? Wo „Marktsozialismus“ immer mehr als der Weg angesehen wird, die erlahmende sowjetische Wirtschaft wieder zu stärken, wird Bucharin mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) der zwanziger Jahre identifiziert und als der „Ahnherr der Perestroika“ bejubelt. Es gibt ein verzweifelttes Bedürfnis, irgendeine historische Alternative zum diskreditierten Stalin zu finden *auf derselben politischen Grundlage vom „Sozialismus in einem Land“*. In seiner Rede am 70. Jahrestag der Russischen Revolution pries Gorbatschow Bucharin dafür, „eine wichtige Rolle bei der ideologischen Zerschlagung des Trotzismus“ gespielt zu haben, im Gegensatz zu Kamenjew und Sinowjew, die gemeinsame Sache

Sowjetische Führer: Umfrage in Moskau



Auf der Basis von Telefoninterviews mit 939 Moskauer Einwohnern, die das Institut für soziologische Forschung der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften am 7., 8., 14. und 15. Mai für die *New York Times* und CBS News durchgeführt hat. Der Anteil von neutralen Antworten ist nicht gezeigt

Eine öffentliche Meinungsumfrage vor kurzem in Moskau: Bucharin genießt jetzt von den ehemaligen sowjetischen Führern nach Lenin das höchste Ansehen



Der Ankläger in den Moskauer Prozessen, der ehemalige Menschewik Andrei Wyschinski (rechts), unterschrieb 1917 den Haftbefehl gegen Lenin

mit Trotzki machten.

Gorbatschow kritisierte jedoch die Rechtsopposition dafür, „die praktische Bedeutung des Zeitfaktors beim Aufbau des Sozialismus in den dreißiger Jahren unterschätzt“ zu haben, und er verteidigte ausdrücklich Stalins Kollektivierung der Landwirtschaft. Ein späterer Artikel in *Literaturnaja Gaseta* (9. Dezember 1987) wurde noch deutlicher:

„Heute kann man behaupten, daß die Partei, falls Trotzki ihr Steuer in die Hand bekommen hätte, sogar noch größere Qualen hätte erwarten können, Qualen des Verlusts sozialistischer Errungenschaften – besonders weil Trotzki kein klares und wissenschaftliches Programm hatte, den Sozialismus in der UdSSR aufzubauen. Bucharin hatte ein solches Programm; er hatte seine eigene Vorstellung von Zielen für die Partei als Ganzes. Jedoch, trotz all seiner persönlichen Anziehungskraft, seines großen Intellekts, seiner Liebendigkeit und Menschlichkeit, verstand Bucharin lange Zeit nicht die historische Notwendigkeit für das Land, einen scharfen Spurt vorwärts zu machen und seine ökonomische Macht aufzubauen.“

Leo Trotzki, der bei den Moskauer Prozessen in Abwesenheit der Haupt„angeklagte“ war und der 1940 in Mexico City durch einen von Stalins Attentätern umgebracht wurde, bleibt un„rehabilitiert“. (Die Entscheidung des sowjetischen Obersten Gerichts vom 13. Juni sprach „jeden“ frei, der in die Moskauer Prozesse „verwickelt“ war. Doch Trotzki und sein Sohn Leo Sedow waren, in Abwesenheit, wegen „Terrorismus“ in denselben Prozessen verurteilt worden wie Sinowjew, Kamenjew, Radek und Pjatakow.) Glasnost oder nicht, Trotzki kann und wird nicht von Stalins Erben seinen rechtmäßigen Platz zurückbekommen, von der Bürokratie, deren unversöhnlicher Feind er bis zu seinem Tod blieb: Trotzki kämpfte für Lenins Programm der sozialistischen Weltrevolution, die von den Stalinisten mit dem Bannfluch belegt war und bleibt. Bucharin auf der anderen Seite war ein integraler Bestandteil der Bürokratie, ein leidenschaftlicher Befürworter von Stalins nationalistischem Dogma des „Sozialismus in einem Land“. Jetzt will

Спутник
May 1988

Sputnik, das Reader's Digest der Sowjetunion, bringt einen überschwenglichen Artikel zu Bucharin unter der Überschrift „Glasnost, Demokratie und Persönlichkeit“

Гласность. Демократия. Личность.



Фото Лева ШЕРСТЕННИКОВА из архива А.М.ЛАРИНОЙ

О Николае БУХАРИНЕ – «побийте партию», члене Политбюро ЦК, репрессированном при Сталине, корреспондент журнала «Огонек» беседует с его вдовой Анной ЛАРИНОЙ

время взрослым человеком, называю... в году двадцать пятом, я на...

man aus Bucharin die Verkörperung des „Stalinismus mit einem menschlichen Antlitz“ machen, der Stalins Exzesse bekämpfte, der sich aber auch der „trozkistischen Ketzerei“ entgegensetzte.

In der gegenwärtigen weitreichenden Debatte in der Sowjetunion über die „Stalinfrage“ fehlt der zentrale Bestandteil der Grundlage des Sowjetstaats: *Internationalismus*. Denn ihre Großeltern sahen die sozialistische Weltrevolution leidenschaftlich als ihre Sache an – sie lebten tagtäglich von der Hoffnung auf die Ausweitung der Revolution, dem Schlüssel zur Bedeutung und zum Überleben der neugeborenen sowjetischen Arbeiterrepublik, für die sie gekämpft und Opfer gebracht hatten. Heutzutage wird dies dargestellt als esoterische „trozkistische Ketzerei“ des „Exports der Revolution“. So wird sogar der Stolz der sowjetischen Veteranen des Afghanistankriegs darauf, ihre „internationalistische Pflicht“ erfüllt zu haben – so gut sie diese verstanden unter dem schwerfälligen konservativen Breschnjew – , jetzt herabgewürdigt als ein „Fehler“ des „alten Denkens“.

Man kann sich vorstellen, wie ein bedeutender Artikel von Otto Latsis, dem stellvertretenden Herausgeber der sowjetischen Parteizeitschrift *Kommunist*, daß Bucharin der wirkliche Erbe Lenins sei und daß das Jahr 1929, als die Rechtsopposition durch Stalin zerschlagen wurde, eine „Konterrevolution“ dargestellt habe (*New York Times*, 11. Juni). Aber es gibt eindeutig eine Menge Probleme dabei, Bucharin zu einer Art „Anti-Stalin“ zu erheben. Nicht nur hat Bucharin *nicht* gegen Stalin gekämpft, dieser „liebenswürdige“ und „menschliche“ Mann war viele Jahre lang Stalins Chefideologe und wichtigster Schildknappe. Und als sich der „Große Führer“ gegen ihn wandte, kapitulierte er fast ohne einen Klage laut. Was Bucharins „Programm vom Aufbau des Sozialismus“ angeht, damit wäre die Sowjetunion ein rückständiges und von Bauern dominiertes Land geliebt, ei-

ne leichte Beute für konterrevolutionäre Kräfte von innen und für erbitterte imperialistische Feinde von außen.

Wie „weiches Wachs“

In seiner Rede am 2. November 1987 zitierte Gorbatschow Lenins *Testament*, geschrieben am Vorabend seiner letzten Krankheit, in dem die zentralen Parteiführer charakterisiert werden:

„Bucharin ist nicht nur ein überaus wertvoller und bedeutender Theoretiker der Partei, er gilt auch mit Recht als Liebling der ganzen Partei, aber seine theoretischen Anschauungen können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert und, glaube ich, nie vollständig begriffen).“

Die Bemerkung über Bucharin als den Liebling der Partei wird in diesen Tagen mit einer Regelmäßigkeit, die einem zum Halse raus hängt, in der sowjetischen Presse zitiert, als ob sie ihm irgendwie rückwirkend Lenins Mantel verleihen könne. Es ist kein Zufall, daß Bucharin von keinem seiner Kollegen als ein möglicher Nachfolger Lenins angesehen wurde. Lenin beobachtete früher:

„Wir kennen die ganze Weichheit des Gen. Bucharin, eine der Eigenschaften, derentwegen man ihn so gern hat und gern haben muß. Wir wissen, daß er des öfteren im Scherz ‚weiches Wachs‘ genannt wurde. Wie sich nun herausstellt, kann auf diesem ‚weichen Wachs‘ der erstbeste ‚prinzipienlose‘ Kerl, der erstbeste ‚Demagoge‘ schreiben, was ihm beliebt.“

Genau diese impressionistische, scholastische Qualität ließ Bucharin innerhalb von einigen Jahren von der äußersten Linken des Parteispektrums auf die äußerste Rechte rutschen. Bucharin war kaum 30 Jahre alt, als die Revolution stattfand. Seine theoretischen Arbeiten waren bis zu jener Zeit durch ein rigides Ultralinkstum gekennzeichnet: eine luxemburgistische Opposition zu Lenin über das Recht auf nationale Selbstbestimmung, *Fortgesetzt auf Seite 8*

Zu Ehren von Christian Rakowski

Wenn die Rehabilitierung von Bucharin und Rykow schon lange erwartet wurde, so kann man das gleiche von Christian Rakowski nicht sagen. 1923–34 war Rakowski ein zentraler Führer – zweiter nur nach Trotzki – der bolschewistisch-leninistischen Opposition gegen die stalinistische Bürokratie. Drei Jahre nach dem Moskauer Prozeß von 1938, bei dem er auf der Anklagebank saß, wurde er erschossen. Bemerkenswerterweise brachte *Nowoje Wremja* vom 25. März einen lobenden Artikel über Rakowski, in dem sogar erwähnt wurde, daß er 1927 wegen Beteiligung an „der trozkistischen Opposition“ ausgeschlossen worden war. Der Artikel schildert sein mutiges Verhalten in Stalins Gefängnissen, wo er zu einem NKWD-Mann sagte: „So, ich werde bald tot sein; ich werde eine Leiche sein... Eines Tages werden die Leichen anfangen zu sprechen.“

Als Sohn bulgarischer Eltern 1873 in Rumänien geboren, spielte Christian Rakowski, nach seiner ersten Verhaftung im Alter von 14 Jahren, eine führende Rolle in den revolutionären Bewegungen Bulgariens, Rumäniens und Rußlands (und war auch in den Bewegungen Frankreichs, der Schweiz und Deutschlands aktiv). Sechs Jahre danach war er ein Delegierter auf dem Züricher Kongreß der Zweiten Internationale. Als sich die bulgarische Sozialdemokratie in einen „breiten“ und einen „engen“ Flügel spaltete, eine parallele Entwicklung zur Spaltung zwischen Menschewiki und Bolschewiki in Rußland, ergriff Rakowski die Seite der Tesniaki, der „engen“ Sozialisten, die auf einer revolutionären Kaderorganisation bestanden. Seine Autorität bei den rumänischen Arbeitern war so stark, daß sie, als er 1909 verhaftet wurde,

auf die Straße gingen und der Polizei von Bukarest eine blutige Schlacht lieferten. Er leitete die erste Sowjetregierung in der Ukraine und wurde in die Exekutive der Kommunistischen Internationale gewählt, deren Gründungserklärung er schrieb.

Rakowski war einer der ersten bolschewistischen Führer, der Stalins bürokratische Methoden offen angriff, besonders über dessen chauvinistische Behandlung der nicht-russischen Nationalitäten. Auf dem 12. Parteikongreß 1923 warnte Rakowski vor „der grundlegenden Diskrepanz, die täglich geschaffen wird und die größer und größer wird, zwischen unserer Partei und unserem Programm auf der einen und unserem Staatsapparat auf der anderen Seite“. Als er 1927, inzwischen sowjetischer Botschafter in Paris, eine Erklärung der Opposition unterschrieb, die die Arbeiter und Soldaten in den kapitalistischen Ländern dazu aufrief, die UdSSR im Kriegsfall zu verteidigen, wurde er zur Persona non grata erklärt und aus Frankreich ausgewiesen. Kurz danach wurde er von Stalin ebenfalls zur Persona non grata erklärt.

Nach der Unterdrückung der Linken Opposition von einer internen Verbannung in die andere abgeschoben, bei zerrütteter Gesundheit, demoralisiert durch Hitlers ungefochtenen Aufstieg zur Macht, kapitulierte er schließlich 1934 vor Stalin. In „Die Bedeutung von Rakowskis Kapitulation“ (März 1934) schrieb Trotzki:

„Rakowskis Erklärung ist der Ausdruck einer subjektiven Sackgasse und von Pessimismus. Ohne auch nur um eine Haarsbreite zu übertreiben, können wir sagen, daß Stalin Rakowski mit der Hilfe von Hitler gekriegt hat...“



Christian Rakowski (links), Veteran der Revolution, 1927 mit Trotzki. Er war die zweite Führungspersönlichkeit in der Linken Opposition

Wir haben keine Zeit, lange über verlorene Freunde zu weinen – und seien es selbst Genossen mit dreißig Jahren Kampferfahrung. Jeder Bolschewik soll sich sagen: ‚Ein sechzigjähriger Kämpfer mit Erfahrung und Ansehen hat unsere Reihen verlassen. An seiner Stelle muß ich drei zwanzigjährige gewinnen, und die Lücke wird geschlossen werden.‘ Unter den Zwanzigjährigen wird man neue Rakowskis finden, die mit uns oder nach uns unsere Arbeit weiterführen werden.“

Die Werke von Bucharin und Rykow wurden jetzt der sowjetischen Öffentlichkeit zugäng-

lich gemacht, Rakowskis Schriften dagegen bleiben für alle bis auf eine Handvoll Leute verboten: Seine machtvolle Anklage gegen die stalinistische Bürokratie, seine wortgewandte Verteidigung des leninistischen Internationalismus, seine führende Rolle als Trotzki's Genosse in der Linken Opposition stellen ein Messer an der Kehle von Stalins Erben im Kreml dar. Der Kreml sucht nur das Opfer Rakowski zu „rehabilitieren“. Wir ehren das Andenken an den Linksoppositionellen und Kämpfer Christian Rakowski.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 455, 17. Juni 1988

Bucharin...

Fortsetzung von Seite 7

ein anarchistischer Impuls, die Notwendigkeit eines Staates im Anschluß an die proletarische Revolution abzutun, und eine Tendenz, das Programm der Weltrevolution zu einer unmittelbaren Perspektive der militärisch-revolutionären Offensive zu verkürzen.

Bucharin führte die Linken, die aus Prinzip dagegen waren, 1918 den Vertrag von Brest-Litowsk mit Deutschland zu unterzeichnen, und trat dagegen für revolutionären Krieg gegen Deutschland ein, zu einem Zeitpunkt, als der Sowjetstaat kaum eine nennenswerte Armee hatte. Die Stalinisten schreiben diese Position fälschlicherweise Trotzki zu. In Wirklichkeit war Trotzki's Differenz mit Lenin taktischer Natur – ob man die erniedrigenden deutschen Friedensbedingungen auf der Stelle annehmen oder die Deutschen zwingen sollte, den Waffenstillstand zu brechen, und es so dem internationalen Proletariat klarmachen sollte, daß die Bolschewiki keine andere Alternative hatten. Letzten Endes hat Lenin recht behalten, da die Deutschen die Front überrannten und viel härtere Bedingungen aufzuzwingen, als ursprünglich gestellt worden waren. Bei der Schlußabstimmung im Zentralkomitee enthielt sich Trotzki der Stimme, um Lenin den Sieg über Bucharin zu ermöglichen.

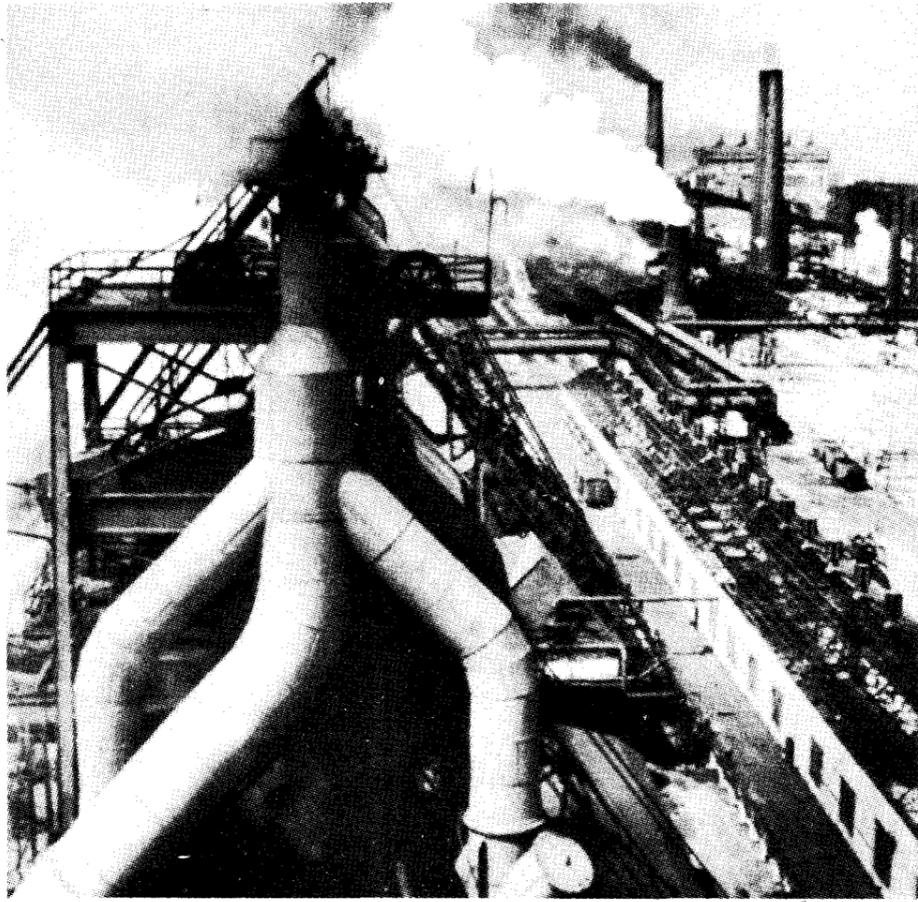
Als es deutlich wurde, daß die Weltrevolution nicht unmittelbar bevorstand, kam Bucharin in reflexartiger Reaktion dem Versöhnertum der im Entstehen begriffenen Bürokratie gegenüber feindlichen Klassenkräften zuvor. 1922 befürwortete er (und Stalin) die Aufgabe des Staatsmonopols über den Außenhandel, eines der ökonomischen Hauptbollwerke des isolierten Arbeiterstaats gegen imperialistische Übergriffe. Dies veranlaßte Lenin, ihn anzuklagen, sich „auf den Standpunkt der Verteidigung des Spekulanten, des Kleinbürgers und der bäuerlichen Oberschichten gegen das Industrieproletariat“ zu stellen („Über das Außenhandelsmonopol“, 13. Dezember 1922).

NEP und Perestroika

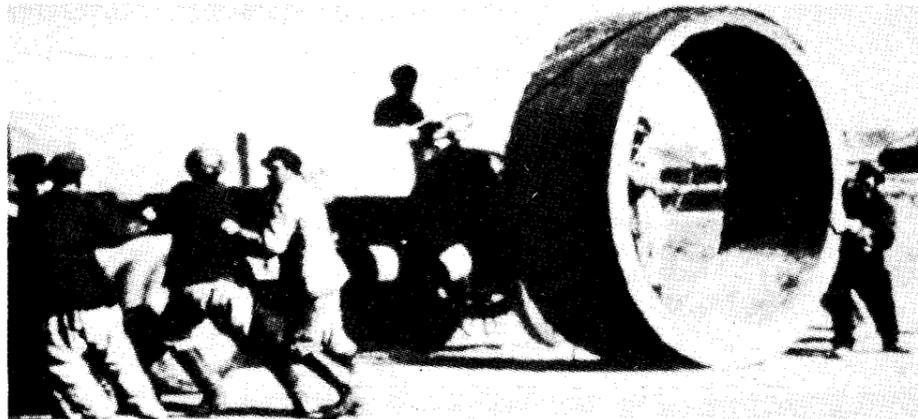
Der Autor von Bucharins Biographie, Stephen Cohen, schreibt ihm zu, der „Ahnherren von Perestroika“ zu sein:

„Antistalinismus ist ein wesentlicher Teil von Gorbatschows Programm. Perestroika ist eine Bemühung, das System abzubauen, das in den dreißiger Jahren geschaffen wurde. Bucharin war der wirkliche Verteidiger der NEP ... der Idee des Sozialismus auf Genossenschaftsbasis, der Rolle des Marktes, der Rolle der privaten Landwirtschaft, der Rolle der Konkurrenz...“ (New York Times, 19. Januar)

Die NEP war ein zeitweiliger Rückzug nach der Verwüstung durch den Bürgerkrieg in einer rückständigen, überwiegend bäuerlichen Wirtschaft, in der die Industrie zusammengebrochen und völlig desorganisiert war. Perestroika ist ein Versuch, die sowjetische Ökonomie durch Kräfte des Marktes und „Kon-



Anatoli Skurichin



Max Alpert

Anfang der dreißiger Jahre wird der Eisen- und Stahlkomplex von Magnitogorsk errichtet. Als sich die Widersprüche der NEP zuspitzen, trieb Stalin die Industrialisierung unter brutalem Zwang voran

kurrenz der Unternehmen“ zu regulieren, mit potentiell weitreichenden Konsequenzen, nämlich daß die zentrale Planung demontiert wird, das Kernstück der vergesellschafteten Wirtschaft.

Es war Trotzki, nicht Bucharin, der im Februar 1920 zuerst vorschlug, was als NEP bekannt wurde, und zwar in der Form einer „Naturalsteuer“, die auf einem prozentualen Anteil an der Produktion beruhte. Dies sollte die Zwangsrequirierungen der Überschüsse von der Bauernschaft ersetzen, die durch die harten Bedingungen des Bürgerkriegs notwendig geworden waren – die Politik des „Kriegskommunismus“. Während Trotzki's Vorschlag im Politbüro abgelehnt wurde, brachte Lenin ein Jahr später einen ähnlichen

Plan vor, der zum Kernstück der NEP wurde. In einem Versuch, der Perestroika Lenins Autorität zu verleihen, behaupten Unterstützer des „Marktsozialismus“, er habe die NEP als etwas angesehen, das den Übergang zum Sozialismus definiere, und zitiere dazu seine Erklärung (auf einer Parteikonferenz Mai 1921), die NEP sei „ernsthaft und für lange Zeit“ gemeint. Nun zitierte Lenin hier aber (zustimmend) einen anderen Redner, der behauptet hatte, sie bedeute 25 Jahre. „Ich bin nicht so pessimistisch“, erwiderte Lenin, wobei er im gleichen Absatz von der NEP als einem „Rückzug“ sprach. Früher in der Debatte hatte er hervorgehoben:

„Wir erklären den Bauern offen und ehrlich, ohne jeden Betrug: Um den Weg zum Sozialismus einzuhalten, machen wir euch, Genossen Bauern, eine ganze Reihe von Zugeständnissen, aber nur in den und den Grenzen und in dem und dem Maß, und natürlich werden wir das Maß und die Grenzen selber bestimmen.“

Es dauerte weit weniger als 25 Jahre, um die Grenzen der NEP zu erreichen. Am Vorabend seiner letzten, ihn lähmenden Krankheit Ende Dezember 1922 machte Lenin einen Block mit Trotzki gegen die aufkommende Bürokratie. Einer der Punkte in dem Block war die Notwendigkeit, dringend mit der geplanten Industrialisierung weiterzugehen. Er übermittelte dem Politbüro, daß Trotzki's Vorschlag, die staatliche Plankommission (Gosplan) mit umfassenden gesetzgeberischen Funktionen auszustatten, „einen gesunden Kern“ habe, und „denke ich, kann und muß man Gen. Trotzki entgegenkommen“. Stalin, Bucharin & Co. jedoch begrüßten den Vorschlag zu einem Fünfjahresplan mit „Spott, wie er einem Kleinbürger ziemt, der sich vor ‚Sprüngen ins Ungewisse‘ fürchtet“ (Leo Trotzki, *Verratene Revolution*, 1936). Auf dem 12. Parteikongreß 1923 gab Trotzki eine lebhaftes Darlegung der „Scherenkrise“, in der er einen scharfen Anstieg der Industriepreise relativ zu den Agrarpreisen aufzeigte. Dies war ein Warnsignal: wenn es

nicht genügend Industriegüter gegen Agrarerzeugnisse auszutauschen gäbe, würden die Bauern damit anfangen, Nahrungsmittel zu horten und den Städten vorzuenthalten.

Selbst Bucharin gab auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1924 zu, daß die NEP nicht als eine langfristige Politik beabsichtigt worden war:

„Im Ausland herrscht die Meinung vor, daß die NEP eingeführt wurde, um die Macht zu behalten; und so war es tatsächlich. Aber später wurden wir davon überzeugt, daß die NEP mehr war als ein einfaches Manöver.“ (zitiert aus E. H. Carr, *Socialism in One Country*, Vol. 3 – Sozialismus in einem Land)

In diesem Fall waren „wir“ Bucharin/Stalin, für die es ein Teil eines umfassenden Angriffs auf die Prinzipien des Sozialismus geworden war, die Bauernschaft versöhnlich zu stimmen und die kleinbürgerlichen „Nep-Leute“ (Spekulanten und Unternehmer) zu ermutigen. Das Jahr 1924 kennzeichnet die Konsolidierung der Macht durch eine bürokratische Schicht in Partei und Staat der Sowjetunion, eine politische Konterrevolution, die die Kontrolle den Händen der proletarischen Avantgarde entriß.

Groteskerweise drängte Bucharin die Bauernschaft: „Bereichert euch!“ und erklärte, daß der Sozialismus „im Schnecken-tempo“ vorankommen werde. Kulaken und Nep-Leute wurden in der Partei willkommen geheißen, wo sie ein bedeutender Flügel der gerade aufsteigenden Bürokratie wurden. Die anfängliche Gesetzgebung zur NEP, entworfen unter Lenins direkter Anleitung, setzte, während sie den freien Handel mit Agrarprodukten gestattete, dem Einstellen von Arbeitskräften und dem Erwerb von Land enge Grenzen. 1925 wurden jedoch diese Einschränkungen außerordentlich liberalisiert. Somit war die Politik von Stalin/Bucharin nach 1925 weitaus nachgiebiger gegenüber dem Kapitalismus in der Landwirtschaft als Lenins NEP. Gegen diese Politik verlangte die Linke Opposition die erhöhte Besteuerung der Kulaken, um die Industrialisierung zu finanzieren, und „eine wohlüberlegte und allmähliche Überführung dieser zahlreichsten Gruppe“ (der mittleren Bauern) „zu den Vorteilen des maschinellen und kollektiven Großbetriebes“ („Die Plattform der Vereinigten Opposition“, 1927, in: *Die Linke Opposition in der Sowjetunion*, Bd. V).

Die Linke Opposition trat dafür ein, das Tempo der Industrialisierung zu beschleunigen, nicht nur um bei der „Scherenkrise“ Abhilfe zu schaffen, sondern auch um das soziale Gewicht des Proletariats zu erhöhen. Für die Trotzkiisten war der sozialistische Aufbau innerhalb Rußlands verbunden mit der Verbreitung der proletarischen Revolution international. Gegen diese leninistische Perspektive signalisierte die Bürokratie ihre Machtergreifung, als Stalin die Möglichkeit verkündete, den Sozialismus in einem einzigen Land aufzubauen.

Im Anschluß an die Niederlage der deutschen Revolution 1923 legte Bucharin die Theorie von der „Stabilisierung des Kapitalismus“ dar, wobei er „für einen vielleicht beträchtlichen Zeitraum“ die Aussicht auf die internationale Ausweitung der Revolution bestritt. Der ehemalige Verfechter des revolutionären Krieges wurde der Vollstrecker des Angriffs auf Trotzki's Permanente Revolution, die er dafür anprangerte, „Zweifel über die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land zu säen“. Die Idee, daß Sozialismus – eine klassenlose Gesellschaft, die qualitativ höhere Produktionsniveaus erfordert als selbst der fortgeschrittenste Kapitalismus – in einem Land aufgebaut werden könnte, zudem in einem so rückständigen Land wie Rußland, war so offensichtlich antimarxistisch, daß nicht nur Lenin, sondern Stalin und Bucharin selbst sie immer zurückgewiesen hatten.

Bucharin, der Anti-Stalin?

Der „liebenswürdige“ und „menschliche“ Bucharin stürzte sich mit einer Rachsucht und Gehässigkeit, die zu der Zeit sogar Stalins übertrafen, in den Kampf gegen die leninistische Linke Opposition. Es war Bucharin, der den Anstoß gab zu etwas, was typisch für die stalinistische Methode von „Polemik“ ist, nämlich geringgeschätzte Zitate von Lenin, aus dem Zusammenhang gerissen, auszubuddeln, um sie zum Charaktermord zu verwenden. 1925 gab Bucharin gegenüber



Wide World

Stalins Zwangskollektivierung auf ihrem Höhepunkt: Das Banner verlangt „die Liquidierung der Kulaken als einer Klasse“. Die Linke Opposition trat für die Kollektivierung auf freiwilliger Basis ein: Als Anreiz dazu sollten Traktoren durch geplantes Wachstum der Industrie produziert werden



Basil Blackwell Inc.

Die Führer der Linken Opposition 1928: (sitzend, von links nach rechts) Serebrjakow, Radek, Trotzki, Boguslawski, Preobraschenski, (stehend, von links nach rechts) Rakowski, Drobnis, Beloborodow, Sosnowski

Trotzki zu: „Wir haben keine Demokratie, weil wir uns vor Ihnen fürchten“. Auf einer Parteikonferenz November 1926 beschimpfte Bucharin die Vereinigte Opposition von Trotzki/Sinowjew/Kamenjew in der Sprache eines orthodoxen Priesters und verlangte die unterwürfigen Geständnisse, die die *Conditio sine qua non* des Stalin-Regimes werden sollten: sie sollten „vor die Partei treten und sagen: Verzeihen Sie uns, daß wir sowohl gegen den Geist wie auch gegen den Buchstaben, sowie auch gegen das eigentliche Wesen des Leninismus gesündigt haben!“ Stalin frohlockte hämisch: „Sehr gut, Bucharin, sehr gut. Man spricht nicht, sondern man schneidet.“ Als Kamenjew und Sinowjew doch „gestanden“, schmähte Bucharin sie und spottete: „Sie haben gut daran getan, einen Entschluß zu fassen – es war höchste Zeit – der eiserne Vorhang der Geschichte geht eben nieder.“

Auf diese Art wurde der Trotzkiismus „ideologisch besiegt“. Trotzki und andere führende Oppositionelle, die sich weigerten zu kapitulieren, wurden nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, sondern auch aus Moskau verbannt. Bucharin erhob keinen Einwand. Im Januar 1928 wurden Trotzki und seine Familie in ihrer Moskauer Wohnung unter Arrest gestellt, mit Gewalt zur Räumung gezwungen und nach Alma-Ata abgeschoben. Seine Frau Natalja erinnert sich: „Nachher wurden wir informiert, daß die ‚politische Richtung‘ des Wegschickens von Bucharin stammte.“ Doch Stalins „eiserner Vorhang“ sollte bald ebenso auf den Kopf von Bucharin fallen. Innerhalb von Monaten appellierte der Chef der Rechtsopposition insgeheim für einen Block mit der Linken Opposition gegen Stalin und sagte in panischer Angst: „Er wird uns ermorden... Er wird uns erdrosseln.“ Trotzki war unerbittlich gegen einen politischen Block, wobei er darauf bestand, daß das ökonomische Programm der Rechtsopposition eine direktere Gefahr für die Erhaltung der proletarischen Staatsmacht war.

Bucharins Politik nährte die Kräfte der *sozialen Konterrevolution in der Sowjetunion*. Die Politik, die Kulaken zu „bereichern“, führte, wie vorauszusehen war, nicht nur zur Verschärfung der Klassenunterschiede auf dem Land, da die armen Bauern praktisch auf ihren vorrevolutionären Status als Pächter reduziert wurden, sondern auch zur Erpressung der Städte durch die Kulaken. Inzwischen hatten die Nep-Leute weiter an Stärke zugenommen: Ende 1926 arbeiteten beinahe 60 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft in der privaten Kleinindustrie, unter der Gewalt von Kleinkapitalisten, die die Versorgung und Verteilung in der Hand hatten. 1928 organisierten die Kulaken Getreidestreiks und drohten damit, die Städte auszuhungern. In Smolensk, in Bjelorußland, stießen die Kulaken auf die kommende Liquidierung aller Kommunisten an. Stalin sah keine andere Zuflucht, als wild um sich zu schlagen mit einer ungeplanten, schlecht überlegten und brutalen Politik der Zwangskollektivierung und der Industrialisierung im Gewaltmarsch.

Und er schlug notwendigerweise auf seine ehemaligen Verbündeten von der Rechtsopposition wild ein. Der gleichen Behandlung

unterworfen, mit der er früher Trotzki bestraft hatte, kapitulierte Bucharin nicht nur, sondern er kroch. Er verleugnete seine probauerliche Politik und seine Opposition zur Kollektivierung mit grotesken Lobreden auf Stalins Unfehlbarkeit und überbot dabei sogar Stalin in seinem Lob für eine Politik, die er ablehnte. Ein kürzlich abgedruckter Brief an die *New York Times* (28. Februar) wies darauf hin, daß nur elf Tage vor Stalins zynischem Artikel „Schwindlig vor Erfolg“, der die Schuld für das katastrophale Tempo der Kollektivierung den unteren Kadern zu geben versuchte, Bucharin einen Artikel für die *Prawda* (19. Februar 1930) schrieb mit dem Titel „Großer Wiederaufbau“, der zufällig die letzte Verteidigung der uneingeschränkten Kollektivierung war.

Ein paar Jahre lang „belohnte“ Stalin Bucharin für sein gutes Verhalten. Eine Weile lang war Bucharin der Herausgeber der *Iswestija*. 1936 entwarf er die berüchtigte „Stalinische Verfassung“, die den Anbruch des Sozialismus mitten im grauenhaftesten Polizeistaatsterror proklamierte. Nachdem Bucharin etwas verfaßt hatte, das als die „demokratischste Verfassung der Welt“ durchgehen sollte, wurde er verhaftet. Als Bucharin sich Stalins Drohung gegenüber sah, seine junge Frau und seinen Sohn zu ermorden, falls er sich widersetzen sollte, focht er verbal mit seinen Anklägern, in der Art von Bertolt Brechts Galileo. Er suchte seine Ankläger zu verspotten, indem er bestimmte Behauptungen bestritt und gleichzeitig absurderweise erklärte: „Ich bekenne mich folglich dessen schuldig... der Gesamtheit der Verbrechen, die von dieser konterrevolutionären Organisation begangen wurden, unabhängig davon, ob ich von ihnen wußte oder nicht, ob ich an diesem oder jenem Akt direkten Anteil genommen habe oder nicht.“

Anhänger von Bucharin wie Cohen nennen dies seine „größte Stunde“. Aber wenn er nicht in der erbärmlichen Weise wie die übrigen „Angeklagten“ in diesem Schauprozeß kroch, trotzdem, er gestand doch. In seinem Buch *Nikolai Bucharin – The Last Years* (1980, Nikolai Bucharin – die letzten Jahre) zitiert Roy Medwedjew Bucharins erbärmliches Geständnis vor dem 17. Parteikongreß 1934, als die Schlinge noch nicht über seinem Kopf und dem seiner Familie hing: „Genosse Stalin hatte völlig recht, daß er sich so wortgewandt und unter brillantem Gebrauch der marxistisch-leninistischen Dialektik gegen viele der theoretischen Voraussetzungen der Rechtsabweichung aussprach, die ich selbst früher formuliert hatte.“ Nach diesem Zitat bemerkt Medwedjew: „Bucharin konnte es mit all diesem Gesagten kaum ernst gemeint haben, aber manchmal ist es notwendig, daß man gegen sein Gewissen handelt.“ Dies ist kaum eine Empfehlung für einen kommunistischen Führer, noch viel weniger für einen, von dem man jetzt behauptet, er sei der führende Gegner des Stalinismus gewesen.

Keht zum Weg Lenins und Trotzki zurück!

Worum es bei den Fraktionskämpfen der zwanziger Jahre ging, war die Existenz des Sowjetstaats überhaupt. Es waren Trotzki und die Linke Opposition, die gegen Stalin



Basil Blackwell Inc.

Linksoppositionelle in der Verbannung in Sibirien demonstrieren 1928 am Jahrestag der bolschewistischen Revolution. Das Banner links sagt: „Richtet das Feuer gegen die Rechten, gegen den Kulaken, den Nep-Mann und den Bürokraten...“

und den Stalinismus kämpften, die ein Programm für die Entwicklung und Stärkung des sowjetischen Arbeiterstaats hatten, während sie für seine einzig sichere Verteidigung kämpften, nämlich die internationale Ausweitung der Revolution. Und genau dies ist es, warum Trotzki für die Bürokratie immer noch unter Bannfluch steht. In seiner Rede zum 70. Jahrestag küete Gorbatschow abgedroschene stalinistische Angriffe auf Trotzki wieder:

„Trotzki und die Trotzkiisten leugneten die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung.“

In der Außenpolitik setzten sie auf den Export der Revolution und in der Innenpolitik auf ‚Daumenschraubenmethoden‘ gegenüber der Bauernschaft, auf die Ausbeutung des Landes durch die Stadt und darauf, militärische Verwaltungsmethoden auf die Leitung der Gesellschaft zu übertragen.“

Also ist die Linie jetzt, wo sie aufgehört haben mit dem Versuch, Trotzki als den Agenten von Hitler, dem Mikado und dem König von England auszugeben, Trotzki als „Super-Stalin“ hinzustellen, der süchtig wäre nach „militärischem Befehl“. Aber in einem treffenden Kommentar zu Gorbatschows Rede mit der Überschrift: „Trotzki immer noch in den Schleier des Un-Personenkults gehüllt“ (*New York Times*, 8. November 1987), erklärte Christopher Wren, daß „Trotzkis Theorie der ‚Permanenten Revolution‘ peinlich ist, wo doch Herr Gorbatschow sagt, er wolle mit dem Westen kooperieren“. Wren fügte hinzu: „Trotzkis Geißelung von Stalin als dem ‚Totengräber der Revolution‘ war weit härter als Herrn Gorbatschows Beschreibung des Diktators als ‚einer äußerst widersprüchlichen Persönlichkeit‘.“

Stalin war nicht nur der Totengräber der Weltrevolution – in China, in Spanien, in Griechenland –, fast gelang es ihm, der Sowjetunion selbst das Grab zu schaufeln. Vieles von der Feindseligkeit gegenüber Stalin bei führenden Kreisen in der Sowjetunion, vor allem unter dem Militär, kommt von seiner katastrophalen Vernichtung der Führungskader der Roten Armee 1937, unter

ihnen Marschall Tuchatschewski. Bestimmt 82 000 Offiziere der Roten Armee, darunter praktisch der ganze Generalstab, wurden in Stalins Säuberungen abgeschlachtet. (12 Jahre früher starb Michail Frunse, ein Held des Bürgerkriegs, der der Nachfolger von Trotzki als Kriegskommissar geworden war, unter mysteriösen Umständen, als Stalin darauf bestand, daß er sich unnötigerweise operieren lasse.)

Der Krieg gegen Nazideutschland, in dem 20 Millionen sowjetischer Bürger umkamen, steht verständlicherweise im Bewußtsein der sowjetischen Bevölkerung im Vordergrund. Bei einem kürzlichen öffentlichen Auftritt in der Gegend von New York sagte Anatoli Rybakow, Autor des gegen Stalin gerichteten Romans *Kinder des Arbat*, erbittert: „Es war wegen Stalin, daß die Deutschen bis Moskau kamen... Wir gewannen den Krieg trotz Stalin.“

Stalins abscheuliche Verbrechen stellten den logischen Schluß seiner Verteidigung der privilegierten Interessen der Bürokratie dar, deren Sieg über das revolutionär-internationalistische Programm der Oktoberrevolution die „Liquidierung“ der Kader notwendig machte, die sie geführt hatten. Die antirevolutionäre Politik der Bürokratie verstärkte international die Isolierung der Sowjetunion. Stalins groteskes Vertrauen in Hitlers Zusage friedlicher Absichten im Anschluß an die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts und seine Vernichtung der Besten des sowjetischen Offizierskorps kosteten die sowjetischen Völker Millionen Menschenleben. Hätte sich die Politik der bucharinistischen Rechtsopposition durchgesetzt, dann hätte es wahrscheinlich um 1941 keine Sowjetunion gegeben.

Von Chruschtschows Rede „Über den Personenkult und seine Konsequenzen“ 1956 bis zu heutigen Arbeiten wird Stalin hauptsächlich als eine abartige und brutale Persönlichkeit behandelt. Das war er auch. Aber, wie Trotzki sagte, handelt „es sich nicht um ein Match zwischen Stalin und Trotzki, sondern um den Antagonismus zwischen Bürokratie und Proletariat“ („Stalinismus und Bolschewismus“, August 1937). Es ist kaum

Fortgesetzt auf Seite 11

Broschüre der Spartacist League/U.S.
(auf Englisch)

DM 2,-
(32 Seiten)

Spartacist
Organ des revolutionären Marxismus

Englische Ausgabe Nr. 41/42
(64 Seiten) DM 2,-
Enthält Auszüge aus dem Übergangsprogramm in Russisch

Workers Vanguard
14tägige marxistische Zeitung der Spartacist League/U.S.

Jahresabonnement
24 Ausgaben: DM 50,- (Luftpost)
DM 15,- (Seepost)

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Ffm 119 88-601

Immigranten...

Fortsetzung von Seite 1

vermutete Unterstützer der kurdischen nationalistischen Organisation PKK in Isolationsfolterhaft. Begründung: Paragraph 129a, Bildung einer „terroristischen Vereinigung“. Wir fordern: Sofortige Freilassung! Weg mit dem Verbot von Dev Sol und Dev Genç!

Sicherheitsgesetze, schwere Waffen für die Polizei, Aufbau von Sondereinsatzkommandos neben der schon berüchtigten Ausländerpolizei sind andere Hebel für Zimmermanns Pläne. Nieder mit den Sonderkommandos wie dem SEK, das für die Ermordung von Emanuele de Giorgi und Silke Bischoff verantwortlich ist! Sofortige Abschaffung der „Ausländerpolizei“!

Eine Begegnung mit dem Bundesgrenzschutz hatten Anfang März sieben Kinder zwischen drei und elf Jahren. Bei der Einreise aus der Türkei wurden sie verhaftet und in Abschiebehaft, allein und krank in einer BGS-Kaserne, eingesperrt. Das „Verbrechen“ dieser jesidischen Kinder, Mitglieder einer mörderisch verfolgten Minderheit: „die mögliche Gefährdung bundesrepublikanischer Interessen“, da „die Kinder Sozialhilfe beziehen würden“. Erst nach einer Woche gelang es Anwälten und Freunden, die Abschiebung zu Kohls „Mein Freund Özal“ zu verhindern und die Kinder freizubekommen.

Es wird offen über Konzentrationslager für Aids-Kranke geredet. In Bayern und Baden-Württemberg werden Nichteuropäer, besonders Afrikaner, als „Risikogruppe“ herausgegriffen, um sie Zwangstests zu unterziehen und sofort als angeblich HIV-Positive abzuschicken. Immigrationskontrolle durch die Aids-Hysterie findet zunehmend auch außerhalb dieser beiden Bundesländer statt. Im Februar wurde in Fulda (Hessen) eine junge schwangere Frau aus Ghana erst zum Test gezwungen. Nach einem positiven Pseudoergebnis wurde sie unter Druck gesetzt abzutreiben und dann wochenlang rassistischer Hetze ausgeliefert.

Von diesen wahnsinnigen Regierungskampagnen profitieren die Faschisten. In Bremen sitzt die DVU bereits im Parlament. Als erste faschistische Partei seit Hitlers Nazis kündigt die NPD ihre Kandidatur bei den Wahlen in Westberlin an, während Skinheadbanden und FAP unbehelligt von Zimmermanns Bullen auf den Straßen Immigranten und Flüchtlinge überfallen. Das Szenario läuft zweigleisig ab: Drogenrazzien an sogenannten Ausländertreffpunkten und in Restaurants werden begleitet von wochenlangender Hetze in bürgerlichen Zeitungen. Brandanschläge auf Asylantenheime sind häufig. Die „ermittelnden“ Richter finden niemals die Täter – die nicht selten mit Bundeswehr-Gerät bewaffnet sind.

Dieser tägliche Terror hat sich seit Erscheinen von Günter Wallraffs eindringlichem, millionenfach gelesenen Buch *Ganz unten* (siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 12, „Türkische Arbeiter im Vierten Reich“) noch eher verschlimmert. Ein Beispiel in jüngster Zeit in Tübingen: Zwei Kaufhausangestellte „stellten“ einen iranischen Asylbewerber als vermeintlichen Dieb und würgten ihn auf offener Straße, im Beisein von Passanten, zu Tode. Die Mörder kamen auf Bewährung frei.

Kein Wunder, daß Anfang Mai 269 Tami-

len zu jedem Preis und zu jeder Bedingung bereit waren, mit dem kleinen Küstenmotor-schiff „Lupa“ von Hamburg nach Kanada zu fliehen. Sie sagten: „hier haben unsere Kinder keine Zukunft“, „hier gelten Menschenrechte nur auf dem Papier“. Und die deutsche Bourgeoisie macht ernst. Ein Posten im Budget des Innenministeriums: „Tamilen-Abschiebung“, mit dem Tamilen „repatriert“, d. h. in die Hölle des Völkermords nach Sri Lanka zurückgeholt werden. Mehr noch: die ostdeutschen Bürokraten haben (als Gegenleistung für Kredite von westdeutschen Banken) in Komplizenschaft mit Zimmermann zugestimmt, allen Flüchtlingen, vor allem Tamilen, Iranern und Libanesen, den Transit zu verweigern, wenn sie kein Visum für Westdeutschland vorweisen können.

Eingewanderte Arbeiter: Schlüssel für die Revolution

Als der US-Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl 1985 ihr antisowjetisches Bündnis mit dem obszönen Salut vor den Nazi-SS-Gräbern in Bitburg besiegelten, entfesselten sie eine Welle von Chauvinismus und Antisemitismus. Unbekämpft von der westdeutschen Linken und der Arbeiterbewegung, hat der wiederaufsteigende deutsche Nationalismus einen Nährboden geschaffen für das Anwachsen der Faschisten.

Die 2,2 Millionen eingewanderten Arbeiter in Westdeutschland sind nicht der SPD verpflichtet, die die „deutschen Interessen“ in den Reihen der Arbeiterklasse vertritt. Sie können eine gewaltige revolutionäre Kraft gegen Rassismus und Faschismus und die damit verbundenen Kriegsvorbereitungen darstellen. Eingewanderte Arbeiter standen an vorderster Front in vielen wichtigen

Arbeiter nach fünfjährigem Aufenthalt zu fordern (zwei weniger als nach der jetzt geltenden Bestimmung!). Das selbstmörderische Vertrauen der DKP in den bürgerlichen Staat läßt sie ein „striktes Verbot faschistischer oder nationalistischer Ausländerorganisationen und Gruppierungen in der Bundesrepublik“ fordern – eine Einladung an Zimmermann & Co., nicht nur seine Freunde, die Grauen Wölfe, zu verbieten, sondern auch kurdische oder tamilische Organisationen! Aber sogar das minimale Reformprogramm der DKP für Immigranten ist in der Broschüre „Bundesrepublik Deutschland 2000“ verschwunden, auf deren Seiten man nur *einen einzigen* Absatz findet, in dem das kommunale Wahlrecht für Immigranten gefordert wird!

Westdeutschland ist tatsächlich ein Einwanderungsland geworden. Es existieren etablierte Gemeinden von Italienern, Griechen, Jugoslawen. Eine zweite Generation von Einwanderern, Jugendliche, die kein anderes Leben kennen als in Westdeutschland, ist herangewachsen. Trotz der Maßnahmen des Polizeistaats ist der Anteil der eingewanderten Arbeiter an der Arbeiterklasse stabil geblieben, bei ca. 10 Prozent, und er ist im Industrieproletariat erheblich höher. Nur eine Katastrophe gesellschaftlichen Ausmaßes, d. h. eine voll ausgewachsene Depression und ein totalitäres faschistisches Regime, das auch vor Massenmord nicht Halt macht, könnte sie heraustreiben.

Das Wort „Immigranten“ wird in Westdeutschland wenig verwendet, wo doch das Wort „Ausländer“ als „höfliche“ Alternative zum obszönen und lächerlichen Wort „Gastarbeiter“ gilt. Doch das Wort „Ausländer“ verrät den Status eines Fremdkörpers außerhalb des gesellschaftlichen Lebens. Die Realität ist, daß Immigranten abgesondert sind



Westberlin, 26. Juni. Einheitsfrontaktion gegen die Republikaner-Faschisten. Während die VVN auf den bürgerlichen Staat setzt, fordert die TLD die Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten

Streiks, die in der letzten Zeit von der HDW-Besetzung über die Kämpfe um die 35-Stunden-Woche bis zu Rheinhausen reichten. Aber die Bosse versuchen alles, um die „Ausländer“ auch aus ökonomischen Kämpfen auszuschließen und völlig abseits vom politischen und gesellschaftlichen Leben zu halten. Und damit gehen sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie und im Nachtrab die nationalistische Linke mit dem Kapital Hand in Hand. So retuschierte der Betriebsrat von Krupp-Rheinhausen das Banner türkischer Arbeiter auf dem Titelfoto seiner „Solidaritätsbroschüre“ weg. Dies wurde dann kommentarlos von der westdeutschen Linken übernommen.

Weil für sie der Status quo des Rassismus ausreicht, ist die SPD gegen Zimmermanns Entwurf. Aber die Sozialdemokraten sind bereit, die wenigen Rechte von „Ausländerinnen“ weiter zu schmälern, die Hürden vor der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen weiter zu verschärfen, so zum Beispiel „wenn sie in einer ‚verbotenen Vereinigung‘ mitgearbeitet haben“ (*taz*, 30. Juni). Die IG Metall hat Proteste gegen den Gesetzentwurf angekündigt, aber der Vorschlag des DGB läuft nur auf geringfügige Änderungen des alten „Ausländergesetzes“ hinaus. Und die Grünen in Bremerhaven wirken ebenfalls „im deutschen Interesse“ beim Versuch mit, eine Gruppe von 200 Roma daran zu hindern, sich dort niederzulassen.

Auch die reformistische DKP rafft sich in ihrem Dokument von 1984 „DKP und ausländische Arbeiter“ (!) dazu auf, „ein unbefristetes Aufenthaltsrecht“ für eingewanderte

und daß ihnen auch die elementarsten demokratischen Rechte verwehrt werden. Nur wenige von ihnen erhalten irgendeinen permanenten, stabilen Status, egal wie lange sie hier gewesen sind. Der 49jährige ehemalige HDW-Arbeiter Ahmet Tasvur, IG-Metall- und SPD-Mitglied, der seit 24 Jahren hier lebt:

„Jahrelang habe ich geschuftet, gearbeitet, habe geglaubt, schon ein Teil der bundesdeutschen Gesellschaft zu sein, fühlte mich sogar wohl in Hamburg. Jetzt stehe ich da und kämpfe gegen die Abschiebung, habe mir all die Jahre was vorgenommen.“ (*taz*, 22. Juni)

Sein Sohn, hier aufgewachsen, wird nur bis zum Ausbildungsende „geduldet“. Das „Ausländergesetz“ muß abgeschafft, die Abschiebung muß verhindert werden!

Wie Lenin erklärte, als er im Schweizer Exil lebte, ist es notwendig, „systematisch zu kämpfen für die organisatorische Annäherung und Verschmelzung der ausländischen und der schweizerischen Arbeiter in denselben Vereinen und für ihre volle (zivilrechtliche sowie auch politische) Gleichberechtigung“. Lenin warnte, daß „die politische Rechtslosigkeit der ausländischen Arbeiter und deren Lage als Fremde ... die politische Reaktion“ stärkt, „die auch sonst im Wachsen ist, und ... die internationale Solidarität des Proletariats“ schwächt („Die Aufgaben der Linksradikalen“, November 1916).

Wir fordern: Eingewanderte Arbeiter müssen den gleichen Lohn wie die anderen Arbeiter bekommen, in Wohnungen wohnen, die in Mietpreis und Komfort denen der

deutschen Arbeiter entsprechen (und alle müssen verbessert werden). Sie müssen die Vorteile aller sozialen Einrichtungen genießen können und jede Möglichkeit haben, die deutsche Sprache zu lernen. In Gegenden mit einem großen Anteil eingewanderner Arbeiter müssen eine zweite und dritte Amtssprache eingeführt werden. Schulklassen müssen integriert sein. *Alle* Abschiebungen wegen politischer oder gewerkschaftlicher Betätigung, Arbeitslosigkeit oder Krankheit müssen durch Gewerkschaftsmobilisierungen verhindert werden.

Dies bedeutet auch, gegen die erzwungene gesellschaftliche Isolierung von eingewanderten Frauen zu kämpfen. Sie leiden doppelt unter der sozialen Rückständigkeit ihrer Heimatländer und unter der zwangsweisen Absonderung durch den bürgerlichen Staat, der sogar auf *den* bürgerlichen Rechten herumtrampelt, die zu verteidigen er vorgibt.

„Offene Grenzen“ mit unbegrenzter Einwanderung ist nicht die Lösung für die erdrückende Armut der Länder, die sich unter dem Joch des Imperialismus befinden. Aber Marxisten unterstützen nicht die Einwanderungspolitik der bürgerlichen Staaten, die notwendigerweise chauvinistisch und unterdrückend ist. Die Erringung der vollen Staatsbürgerrechte für die eingewanderten Arbeiter von West- und Mitteleuropa wäre ein großer Sieg für den proletarischen Internationalismus. Denn gleiche Rechte für die schwächsten und am brutalsten unterdrückten Teile der Klasse heißt, diese Klasse im Kampf für ihre eigenen historischen Interessen zusammenzuschweißen. Dies ist die Linie zwischen reformistischem Sozialchauvinismus und proletarischem Internationalismus – und sie muß im Kampf gezogen werden!

Effektive Organisation unter eingewanderten Arbeitern in Westeuropa kann auch die Grundlage für die Schaffung wirklich revolutionärer, trotzkistischer Organisationen in ihren Heimatländern sein, wo diese wegen der Bedingungen der Illegalität und der extremen Repression entweder zerschlagen wurden oder nie existierten. Zusätzlich zu den Immigranten aus rückständigen Ländern wie der Türkei ist die eine Million jugoslawischer Arbeiter in Westeuropa für Trotz-kisten besonders bedeutsam, sie stellen eine einzigartige Gelegenheit dar, eine trotzkistische Organisation in einem stalinistisch regierten Land zu schaffen.

Eine revolutionäre Führung ist notwendig, um die Sache der eingewanderten Arbeiter als Teil des Kampfes für eine gerechte, sozialistische Gesellschaft auf das Banner der Arbeiterbewegung zu schreiben. Als leninistische Avantgardepartei ist unser Vorbild die Partei Lenins und Trotz-kis, die sich als Tribun des Volkes daran machte, durch die Errichtung einer revolutionären Arbeiterregierung jegliche Diskriminierung abzuschaffen.

Als Basis sehen wir die beispielhafte Verfassung der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik von 1918 an:

„Von der Solidarität der Arbeitenden aller Nationen ausgehend, gewährt die Russische Sozialistische Föderative Räterepublik alle politischen Rechte der russischen Bürger den Ausländern, die im Gebiet der Russischen Republik wohnhaft sind, um einer Beschäftigung nachzugehen, und der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft angehören, sofern sie sich nicht fremder Arbeitskraft bedienen, und sie gewährt den Ortsräten das Recht, solchen Ausländern das russische Bürgerrecht ohne alle Formalitäten zu verleihen.“

Die Verfassung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa wird eine ähnliche Bestimmung enthalten. Und das ist einer der wichtigsten Gründe, warum es die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa geben wird. ■

KONTAKTADRESSEN

Hamburg: Spartakist
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 33 17 94

Westberlin: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 3 93 87 37

Neu!
DM 1,50

GORBAÇOV'UN SOVYETLER BİRLİĞİ NEREYE GİDİYOR?

Lenin ve Troçki'nin yoluna geri dön!

Wohin geht Gorbatschows Rußland? Kehrt zum Weg Lenins und Trotz-kis zurück!

Dokument der İST in Türkisch
Zu beziehen über Kontaktadresse

Weg mit §218!

Fortsetzung von Seite 12

vorgeschlagenen Gesetzes sowie das von der Reaktion aufgepeitschte politische Klima werden in dem neu erschienenen, aufsehenerregenden Buch vom Wissenschaftler Gerhard Amendt, *Die bestrafte Abtreibung*, gut erfaßt. Laut Plan würde das „soziale Umfeld“ im Abtreibungsfall einbezogen. Das heißt: der „Berater“ in einer ländlichen Gegend wie der, wo Dr. Theissen seine Praxis hat, bespricht die von einer Frau gewünschte Abtreibung mit ihrem Arbeitgeber, dem Bürgermeister oder z. B. mit Vereinsvertretern, bis er die richtige Druckstelle findet, um sie zum Gebären erpressen zu können. Die Abtreibung wird zur öffentlichen Affäre par excellence, und „eine an mittelalterliche Prangerpraktiken erinnernde öffentliche Zurschaustellung eines Verbrechens“ wird eingeführt.

Wie Amendt bemerkt, gab CDU-Leuchte Hanna-Renate Laurien im *Spiegel* von sich, Frauen das Recht zu gewähren, selbst über eine Abtreibung zu entscheiden, hieß, sie zu „Scharfrichtern“ zu machen und ihnen „das Fallbeil auszuhändigen!“ Diese Vision entspricht wirklich der mittelalterlichen Phantasie über mörderische Hexen. Und da diese Frauen vor dem Gesetz als pathologische Kriminelle angesehen werden, kann jedes beliebige „unantastbare“ Grundrecht mit Füßen getreten und verweigert werden.

Deutsche Medizin und reaktionärer westdeutscher Staat

In diesen schauerlichen Plänen ist die Rolle der Ärzte zentral und damit ein entlarvender Kommentar über die westdeutsche Gesellschaft. Die Ärzte in diesem Land waren unter dem bürokratischen „Gesundheitswesen“ traditionell in einem enormen Netz von staatlicher Erpressung gefangen. Sie werden gezwungen, den Druck von Gesundheitsbehörden und anderen staatlichen Agenturen, von den monströsen Bürokratien staatlicher und halbstaatlicher Krankenkassen sowie der mächtigen und einflußreichen Pharmaindustrie an den Patienten weiterzugeben. Das vorgeschlagene „Beratungs“gesetz würde Ärzte auf den Status von Maklern für den Staat gegenüber ihren Patientinnen reduzieren. Über die Einführung von regelmäßigen obligatorischen „Fortbildungskursen“ würden Gynäkologen der regelmäßigen Gehirnwäsche unterzogen – im Sinne des „ungeborenen Lebens“, versteht sich. Mit der Meldepflicht für durchgeführte Abtreibungen (keine Meldung, kein Geld) würden sie in die Position von Staatsspionen hineinmanövriert.

Bucharin...

Fortsetzung von Seite 9

ein Zufall, daß Stalins Apparat von vielen Leuten bevölkert wurde, die 1917 auf der anderen Seite der Barrikade gestanden hatten. Der Chefankläger im dritten der Moskauer Prozesse, Andrei Wyschinski, war nicht nur ein menschwistischer Beamter in Kerenskis Provisorischer Regierung, sondern unterschrieb während der Reaktion der „Jultage“ Berichten zufolge persönlich einen Haftbefehl für Lenin als einen deutschen Spion.

Mit seiner Politik von Glasnost und Perestroika ermutigt das Gorbatschow-Regime eine Überprüfung von Stalins Verbrechen an der sowjetischen arbeitenden Bevölkerung und an der Revolution, die sie gemacht hat, während es gleichzeitig versucht, eine öko-

Pakistan: Stoppt islamischen Terror!

Westberlin, 30. Juni – Die TLD beteiligte sich zusammen mit pakistanischen Demonstranten an einem Einheitsfrontprotest gegen islamischen Terror in Pakistan. Nur kurz bevor sein Flugzeug vom Himmel geholt wurde, verkündete der Militärdiktator Zia ul-Haq die „Scharia-Verordnung“: ein Schritt, Pakistan völlig unter islamisches Gesetz zu stellen. Gegen die Frauen, die in Karatschi und Lahore dagegen protestierten, hetzte er die Polizei – die Knüppel hatten Stahlkappen. Nach seiner Machtergreifung 1977 ließ Zia per Gesetz barbarische „islamische Strafen“ vorsehen wie öffentliches Auspeitschen, das Handabhacken bei Dieben und die Steinigung von Frauen für Ehebruch. Natürlich lief über Zia auch die massive US-Hilfe an die reaktionären Mudschahedin, die das von der Sowjetunion unterstützte Kabuler Regime bekämpfen, um die afghanischen Frauen erneut zu versklaven. Aber auch die Führerin der Opposition, Benazir Bhutto, befindet sich in einem Block mit der islamischen Reaktion; nur Arbeiterrevolution kann den Frauen die elementarsten demokratischen Rechte sichern. Für eine sozialistische Föderation des indischen Subkontinents!



Die klerikale Reaktion weiß nur zu gut, welchen Hebel sie bedient, indem sie sich auf die Ärzte konzentriert. Die überwiegend reaktionären Ansichten der Ärzteschaft sind praktisch das genaue Gegenteil zu den Ansichten der Bevölkerung im allgemeinen über Abtreibung. Nach der kürzlich veröffentlichten bedeutenden Studie des Max-Planck-Instituts in Freiburg über die Abtreibung stimmen 80 Prozent der Frauenärzte in ganz Westdeutschland mit der Charakterisierung von Abtreibung als „Tötung“ überein, trotz tiefer Widersprüche, in denen sie gefangen sind. Von dieser Gruppe verwerfen 40 Prozent jede Rechtfertigung der Tötung (d. h. Abtreibung); 38 Prozent stimmen mit den gegenwärtigen Bestimmungen des Abtreibungsparagraphen überein. Nur 20 Prozent meinen, daß Frauen das Recht haben sollten, über Abtreibung selbst zu entscheiden. Diese enorme Verbreitung reaktionärer Positionen spiegelt den hohen Grad von Integration der Ärzteschaft in den Staat wider; und ruft in Erinnerung, daß, als Hitler an die Macht kam, die Ärzte (nämlich fast die Hälfte) in größerer Zahl zu den Nazis übergingen als jede andere soziale Gruppe oder jeder andere Berufsstand. Robert Jay Lifton zitiert in seinem neu erschienenen Buch *The Nazi Doctors* einen Überlebenden der Nazi-KZs: „Auschwitz war wie eine medizinische Operation... das Tötungsprogramm wurde von Anfang bis Ende von Ärzten angeleitet.“ Aber während die Nazi-Mörder im Arztkittel bis auf Ausnahmen weiter praktizieren können, wird denjenigen Ärzten der Prozeß gemacht, die an der Seite ihrer Patientinnen stehen und ihnen helfen, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Kernstück der Kontroverse über den Paragraphen 218 ist der Begriff der „Rechtmäßigkeit“, auf welchem der westdeutsche Staat fußt. Gerade in solchen sozialen Fragen, wo Frauenrechte auf dem Spiel stehen, tritt der zutiefst reaktionäre Charakter dieses Staates am klarsten zutage. Da es nie eine erfolgreiche bürgerliche Revolution in Deutschland gab, ist es nur logisch, daß Idealismus und klerikaler Obskurantismus im „offiziellen“ Gedankengut tief verwurzelt sind. Die bloße Erwähnung von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ist genug, um die CDU/CSU-Spitzen in cholerische Wut zu versetzen.

Die Trennung von Kirche und Staat ist weiterhin eine noch unerfüllte Aufgabe, siehe z. B. Kirchensteuer, Religionsunterricht in den Schulen. Christlich-reaktionäre Vorstellungen durchdringen rechtliche und verfassungsmäßige Verhältnisse zwischen Bürgern (besonders weiblichen) und Staat und bestimmen Vorstellungen vom Leben selbst. Das furchtbare Sortiment von Abtreibungsparagraphen (218, 218a, 218b und die gegen die Ärzte gerichteten Paragraphen 219, 219a, 219b, 219c) basieren auf der Vorstellung des Papstes im 16. Jahrhundert, daß das menschliche Leben vom Augenblick der Empfängnis an mit einer Seele ausgestattet ist. Ergo: Abtreibung wird zur Tötung, wie sie im „Grundgesetz“ verankert ist.

Die Abtreibung wird im Strafbuch unter „Straftaten gegen das Leben“ behandelt: direkt nach Mord, Totschlag, Kindes-tötung, und direkt vor Völkermord. Aber diese zentrale Frage ist für die SPD und die grüne Partei strikt tabu. Für die Blut-und-Boden-Grünen unter ihnen gilt offensichtlich bei Abtreibung das Gebot der CDU „du sollst nicht töten“. Amendt verweist auf das Urteil des amerikanischen Supreme Court (heute allerdings hängt dieses Urteil des Obersten Gerichtshofes am seidenen Faden), daß es keine wissenschaftliche Basis für die Entscheidung gibt, Abtreibung sei Tötung. Für diesen Hinweis wurde Amendts Buch aus dem Katalog der Neuerscheinungen beim „respektablen“ Piper Verlag gestrichen.

Westdeutschlands Abtreibungsparagraphen gehören also logischerweise zu den schärfsten in Europa, einschließlich Frankreich. Skandinavische Länder und sogar das katholische Österreich haben die „Fristenlösung“, die hier verfassungswidrig ist. Diejenigen, die es bezahlen können, reisen in andere Länder – Skandinavien, die Niederlande, England, Jugoslawien usw. –, um abzutreiben.

Für Frauenbefreiung durch Sozialistische Revolution!

Mit der fortschreitenden Fäulnis des Kapitalismus und der Auflösung der bürgerlichen Moral wird die Verteidigung der Familie mit immer frenetischerer Wut betrieben. Diese Kinder-Küche-Kirche-Hysterie ist Teil eines allseitigen Angriffs, der die Bevölkerung in einen nationalistischen Rausch aufteilen soll. Die Organisatoren sind dieselben Reaktionäre, die Immigranten en masse abzuschleppen suchen, die Nazi-Schlägern grünes Licht für Angriffe auf Immigranten, Linke und Frauenzentren geben. Sie sehen dem Tag ungeduldig entgegen, an dem die Panzer wieder nach Osten rollen. Dafür soll Deutschland „arisiert“ werden: „Ausländer raus“, „Volksdeutsche rein“, und deutsche Frauen

sollen gebären.

Den Kampf gegen die reaktionären Abtreibungsparagraphen, der jetzt schon über ein Jahrhundert dauert, sowie den Kampf für die Gleichheit der Frau hat sich die revolutionäre Arbeiterbewegung seit ihrer Geburt auf ihr Banner geschrieben. Diese Frage war auch eine Gründungsfrage für die Trotzkiistische Liga Deutschlands. Unsere Tendenz ist immer für die kostenlose Abtreibung auf Wunsch, durchgeführt durch kompetentes medizinisches Personal, für die massive kostenlose Verteilung sicherer und effektiver Verhütungsmittel und gegen die Zwangssterilisierung eingetreten. Aus medizinischen, nicht moralischen Gründen ist die Empfängnisverhütung als erstes Mittel der Geburtenkontrolle zweifellos der Abtreibung vorzuziehen, aber Abtreibung wird noch für eine erhebliche Zeit eine unverzichtbare Sicherung sein, wenn die Verhütung versagt. Gleichzeitig bestehen wir auf umfassenden Mutterschaftsleistungen: die Ausdehnung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs vor und nach der Geburt, freie medizinische Versorgung hoher Qualität für alle und kostenlose Kindertagesstätten rund um die Uhr am Arbeitsplatz, damit arbeitende Frauen die Wahl haben, Kinder zu haben und ihre Arbeitsplätze zu behalten.

Wir haben im Vorläufer des *Spartakist*, der *Kommunistischen Korrespondenz* (Nr. 2, April 1974) geschrieben:

„Ausgehend von den Bedürfnissen der proletarischen Frauen... müssen Übergangslosungen entwickelt werden, die hinführen zum Ziel der Machtergreifung durch das Proletariat. Das bedeutet keineswegs, daß es ein besonderes Programm für die proletarische Frau gibt – es gibt nur ein Programm... das volle trotzkiistische Programm mit besonderer Betonung und Erweiterung der Bereiche, die die besondere Unterdrückung der Frau betreffen.“

Wie aus der schrittweisen Umkehr der kläglichen Versuche, den Paragraphen 218 zu „reformieren“, klar hervorgeht, sind unter dem Kapitalismus Reformen immer umkehrbar. Nur in einer wirklich sozialistischen Gesellschaft können Errungenschaften für Frauen konsolidiert, aufrechterhalten und ausgeweitet werden. Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! ■

nomische und internationale Politik zu verfolgen, die tief in die Interessen des sowjetischen und internationalen Proletariats einschneidet. Die Sowjetunion wird in die Richtung von ernsthaftem inneren Aufruhr gesteuert, in dem Maß, in dem die Arbeiterklasse ihre ökonomischen Interessen vor der „Marktwirtschaft“ und den Sparmaßnahmen der Perestroika zu verteidigen versuchen wird.

Die einzige revolutionäre Alternative zu den Verbrechen des Stalinismus liegt in dem Programm und in der Geschichte der trotzkiistischen Linken Opposition. Die Archive der sowjetischen Geschichte müssen den Massen zugänglich gemacht werden. Dort, in der Aufzeichnung früherer Kämpfe, werden sie eine revolutionäre Antwort auf die Probleme finden, denen sie sich heute gegenübersehen: die Perspektive der internationalen sozialistischen Revolution, die Errungenschaften des Oktober zu verteidigen und auszuweiten; das Programm der proletarischen politischen Revolution, die bürokratischen Usurpatoren rauszuwerfen. Wie wir vor zehn Jahren in „The Campaign to ‚Rehabilitate‘ Bucharin“ (*Workers Vanguard* Nr. 220, 1. Dezember 1978 – Die Kampagne, Bucharin zu ‚rehabilitieren‘) schrieben: „Die wirkliche historische Abrechnung wird nur zustande kommen als ein Resultat der proletarischen politischen Revolution, um Stalins Erben rauszuwerfen, zusammen mit der sozialen Revolution in den kapitalistischen Ländern.“

Keht zum Weg Lenins und Trotzki zurück!
Übersetzt aus *Workers Vanguard*
Nr. 455, 17. Juni 1988

Schulungstag der TLD

Die deutsche Revolution 1918–23

Der Kampf um die Vierte Internationale 1923–38

Samstag, 1. Oktober 1988
Hamburg

Nähere Information: Tel. (0 40) 33 17 94
oder Kontaktadresse

Einzelpreis DM 1,50

Women and Revolution

Criminal State Neglects as Epidemic Rages

The Agony of AIDS

Abonniert!

Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.

3 Nummern: 10,- (Luftpost)
7,- (Seepost)

Zu beziehen über die Kontaktadresse

SPARTAKIST

Verteidigt Dr. Horst Theissen!

Weg mit § 218 und § 219!

Ein in Westdeutschland beispielloses Kessel-treiben wird gegenwärtig unter der Losung „Abtreibung ist Mord“ vom bayerischen Staat durchgeführt. Dr. Horst Theissen, ein 48jähriger Gynäkologe in Memmingen, Allgäu, steht im September vor Gericht, weil er in seiner Praxis einige hundert „illegale“ ambulante Abtreibungen durchgeführt hat. Nach einer anonymen Anzeige im Herbst 1986 wurde seine Patientinnenkartei beschlagnahmt. Am 14. September letzten Jahres wurde er verhaftet und sechs Wochen lang in Untersuchungshaft eingesperrt, bevor er auf DM 300 000 Kaution freikam. Dr. Theissen, der bis 1983 FDP-Abgeordneter im Kreis Unterallgäu war, hat jahrelang den reaktionären Abtreibungsgesetzen getrotzt und ein Beispiel menschlicher Fürsorge und medizinischer Gewissenhaftigkeit in der Behandlung seiner Patientinnen gegeben. Der *stern* zitiert das Lob, das selbst der *Staatsanwalt* Theissens tadelloser Arbeit als Arzt („Es gab nie Komplikationen“) ausstellte, und berichtet weiter: „Zwischen 250 und 500 Mark zahlten die Patientinnen für einen Abbruch, inklusive zeitaufwendiger Gespräche, Ultraschall- und Nachuntersuchungen; armen Frauen wurde kostenlos geholfen.“ Dr. Theissen „war sich immer darüber im klaren, daß die Eingriffe in seiner Praxis ordnungswidrig sind... Er nahm dieses Risiko in Kauf, weil er es für ‚unwürdig, beschämend und medizinisch unverantwortlich‘ hält“, sich den mittelalterlichen Paragraphen zu unterwerfen. Dieser Mann ist kein „Krimineller“, sondern ein Held. Weg mit der schändlichen Anklage gegen Dr. Theissen!

Außerdem wurden schon über 500 seiner Patientinnen durch Polizei und Richter vernommen. Mehr als 250 wurden schon verurteilt und mit Geldstrafen von DM 900 bis 3200 belegt, weil sie Abtreibungen suchten und durchführen ließen. Ausländischen Patientinnen von Dr. Theissen droht nach dem Urteilsspruch jetzt die Abschiebung. Und eine ganze Reihe von Männern – die Freunde und Ehemänner, die zu ihren Frauen bei der Abtreibung standen – sind auch wegen „Beihilfe zum Abbruch von Schwangerschaft“ angeklagt. 156 Frauen wurden im Prozeß als Zeugen gegen Dr. Theissen vorgeladen, und sie werden gezwungen auszusagen.

Sie werden mit Methoden verfolgt, die der Phantasie nichts übrig lassen. Am Sonntag-nachmittag zur Kaffezeit wurde eine Mutter von zwei Kindern an der Wohnungstür von zwei Bullen überfallen: „Wissen Sie eigentlich, daß Sie gemordet haben?“ Ihre Kinder saßen im Wohnzimmer. Eine andere wurde obszönerweise gefragt: „Warum haben Sie schleimig verhütet?“ Einer Mutter, die ein weiteres Kind nicht austragen wollte, warf der Richter entgegen: „Und dann haben Sie es lieber umgebracht.“ Sie werden gedemütigt und gebrandmarkt durch Schmäh-schriften in den Urteilsbegründungen wegen ihrer Weigerung, die Kinder zu gebären und sie dann zur Adoption freizugeben. Einer Mutter von drei Kindern wird gesagt, daß „sie sich wegen des Abtötens eines menschlichen Lebewesens wohl noch viel eher Vorwürfe machen muß“. Sie werden verflucht als pathologisch selbstsüchtig, „ohne die Rechte des Kindes in Erwägung zu ziehen“. Der *stern* beschreibt die Folge dieses erniedrigenden Terrors:

„Die Frauen, die der STERN besuchte, holten die Strafbefehle aus Kommoden, zwischen Wäschestücken und anderen Verstecken hervor. Sie alle leiden darunter, daß sie etwas verheimlichen müssen, wofür sie sich nicht schämen und sich



Massendemonstrationen in den siebziger Jahren erhoben überwiegend Forderungen nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218

keine Schuldgefühle einreden lassen wollen.“

Das Recht zu entscheiden, ob eine Frau ein Kind gebären will oder nicht, ist ihre eigene Sache. Der Staat hat in dem Privatleben von Frauen – und in dem von Leuten im allgemeinen – nichts herumzuschneffeln! Weg mit allen Anklagen gegen die Allgäuer Frauen und Männer, sofort! Stoppt die Hexenjagd! Weg mit den schändlichen Abtreibungsgesetzen!

Schandparagraphen

Paragraph 218 trat zum ersten Mal 1871 in Kraft, praktisch gleichzeitig mit der Gründung von Bismarcks Reich. In der Tat haben die Methoden, ihn durchzusetzen, mehr gemeinsam mit dem „überzeugenden“ preußischen Korporalstock Bismarck-Deutschlands als mit der geheulenen „Demokratie“, die der gegenwärtige Staat zu verteidigen vorgibt. Der Paragraph fordert heute wie damals seinen Blutzoll von armen und proletarischen Frauen, die gezwungen sind, oft gefährliche illegale Eingriffe zu riskieren. Die herrschende Klasse hat natürlich immer schon qualifizierte Abtreibungen in Verschwiegenheit und mit allem Komfort bekommen können.

1974 trieb die erhitzte Debatte über die extrem populäre Forderung nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 Tausende von Frauen und Männern auf die Straßen – von der CDU bis zur extremen Linken. Zum großen Teil wegen starken Widerstands innerhalb der SPD gegen die Streichung des 218 erließ die SPD/FDP-Regierung im selben Jahr lediglich eine zaghafte Reform, die „Fristenlösung“, die die Abtreibung in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft legalisierte. Der Paragraph wurde prompt von der CDU angefochten. Er wurde im Februar 1975 durch das Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig außer Kraft gesetzt mit der Begründung, er verstoße gegen das im Grundgesetz garantierte „Recht auf Leben“. Die Charakterisierung von Abtreibung als „Tötung“ wurde aufrechterhalten. Der Paragraph wurde neu entworfen und trat 1976 in Kraft: nur auf die „Indikation aus einer schweren Notlage“ hin darf aus sozialen oder

medizinischen Gründen (wozu die Armut nicht gehört) abgetrieben werden.

Doch sogar jetzt, wo der Staat das Recht für sich beansprucht zu entscheiden, wann abgetrieben – d. h. „getötet“ – werden darf, sprechen konservative Schätzungen von wenigstens 250 000 Abtreibungen in Westdeutschland pro Jahr, wovon bei 100 000 der langwierige Weg durch die Instanzen nicht eingehalten wird (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. Juni).

Die minimale „Notlagenindikation“ ist die Zielscheibe des gegenwärtigen Kreuzzugs. Demagogisch dröhnt es auf dem CDU-Parteitag im Juni: „Ich habe noch niemanden gehört, der für die Abschaffung des Paragraphen 211 plädiert“ (*Die Zeit*, 24. Juni). Wie der große Eifer der Bullen zeigt, lautet die Anklage gegen Frauen und gegen die Ärzte, die Abtreibungen durchführen, eigentlich auf Mord (das Thema von Paragraph 211). In einer Kampagne arroganter juristischer Willkür „entscheiden“ sie ex post facto für Hunderte von Frauen, daß die Notlage keine war, und setzen so effektiv die Gründe für 90 Prozent aller in Westdeutschland legal durchgeführter Abtreibungen außer Kraft.

Regierung macht mobil für „Schutz des ungeborenen Lebens“

Die gegenwärtige Offensive gegen Abtreibung wurde durch diese Klerikal-Konservativen lange vorbereitet. Seit 1976 wurden die Abtreibungsparagraphen von Land zu Land sehr unterschiedlich gehandhabt. Es gab tatsächlich Fälle (wie in Rheinland-Pfalz), wo Ermittlungen gegen Abtreibungskliniken eingeleitet wurden, die den fünftägigen obligatorischen stationären Aufenthalt umgehen. Der heuchlerische Appell an „medizinische Sicherheit“ schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Eine statistische Auswertung von staatlich gemeldeten Abtreibungen in Westdeutschland zeigt *weniger* Komplikationen bei ambulanten Eingriffen (*stern*, 23. Juni). Ermittlungen wurden gegen Hunderte von Frauen (beispielsweise in Nordrhein-Westfalen) eingeleitet, aber im allgemeinen wegen „geringer Schuld“ wieder eingestellt. Doch in Bayern und Baden-Württemberg, mit ihrer allmählich erstarkten Lobby für den „Schutz

des ungeborenen Lebens“, wurden zwischen 1977 und 1981 zwei Drittel der 180 in Westdeutschland wegen Abtreibung ergangenen Urteile gesprochen.

Jetzt wird scharf durchgegriffen. Im Frühjahr 1987 wurde ein Gynäkologe in Nürnberg zu vier Jahren Knast verurteilt. Die CDU will auf Teufel komm raus Frauen auf den Status von „Gebärmachines“ reduzieren. Diese Demagogen schreien, daß Abtreibung „schlimmer als Auschwitz“ sei. Aber der brutale Zwang, den sie jetzt anwenden, hat einen wütenden Aufschrei hervorgerufen, unter Hinweis auf Hitler-Deutschland – von den Heuchlern der FDP bis zur SPD und Linken. Tatsächlich ist die CDU so weit gegangen, daß sie in letzter Zeit ein „soziales Pflichtjahr“ für junge Frauen gefordert hat, das sein Vorbild im Bund Deutscher Mädchen hat. Dies soll die Krise im Krankenhauswesen durch unbezahlte Arbeit „lösen“. Die Bezahlung für Krankenschwestern und Pfleger ist so niedrig und die Arbeitsbedingungen sind so zermürbend, daß niemand es mehr machen will.

Nachdem die CDU im Frühjahr durch „Vereinbarungen“ mit der FDP ein Deckmäntelchen für drakonische Verfolgung von Verstößen gegen 218 und 219 erhielt, entschied sie auf ihrem Parteitag im Juni, daß ein noch reaktionärer Abtreibungsparagraph „verfrüht“ sei – ein Eingeständnis, wie sehr der Paragraph 218 allgemein verhaßt ist. Stattdessen ziehen sie es vor, den Boden dafür durch die „Große Lüge“ zu bereiten – durch eine Flut obszöner und ekelregender „Recht auf Leben“-Propaganda mit Fötten-Abbildungen auf großen Werbeflächen, durch eine Bombardierung mit „Lebensschutz“-Litanei – auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite gibt es die „Berater“, die Frauen bei Abtreibungen foltern, bis sie schon eine Beruhigungsspritze bekommen haben, es gibt die „Kindermord“-Prediger von den Kanzeln von Fulda bis Memmingen, und es gibt die Bullen, die an der Tür klingeln, um dir zu sagen, daß du Mord verübt hast. Ihr Mittel, im Verbund mit den rechts-extremen Terroristen: die „Abwicklung“ von Bayerns zehn Jahre altem „Beratungsgesetz“. Dieses Gesetz, das jetzt als Muster für ein geplantes analoges Bundesgesetz dient, zwingt Frauen zu einem Spießrutenlaufen zwischen Ärzten, Beratern (in Süddeutschland im allgemeinen klerikale), Gesundheitsbehörden, dem Klerus und Psychiatern. (Als ob es nicht schon nach dem 218 schwierig genug wäre, den bürokratischen Ablauf durchzustehen.) Das bedeutet, daß Ärzte effektiv daran gehindert werden, in diesen Ländern Abtreibungen durchzuführen: So müssen 60 Prozent der Frauen aus diesen Ländern, die abtreiben, es irgendwo anders tun.

Das vorgeschlagene westdeutsche „Beratungsgesetz“ soll bei abtreibungswilligen Frauen die Daumenschrauben scharf anziehen, damit sie stattdessen das Kind gebären. ProFamilia, selbst jahrelang unter scharfer Attacke und Zielscheibe faschistischer Bomben, sieht die Aussichten für die eigene Rolle unter dem geplanten Gesetz lediglich als „Überzeugung“ und „Manipulation“. Die ungewünschten Kinder werden zur Staatsware. Die Grünen sprechen von einer staatlichen „Abnahmegarantie“, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen von „Leihmutterchaft zum Nulltarif“, Bevormundung und Nötigung (*Süddeutsche Zeitung*, 27. Mai).

Die zutiefst reaktionäre Stoßrichtung des
Fortgesetzt auf Seite 11